

911 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (885 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebühreuzulagengesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Richterdienstgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz und die 31. Gehaltsgesetz-Novelle geändert werden, sowie Bundesgesetz über das Zusammentreffen von öffentlich-rechtlichen Pensionsansprüchen mit Erwerbseinkommen (Teilpensionsgesetz) und Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte (1. Budgetbegleitgesetz 1997)

Der vorliegende Gesetzentwurf dient folgenden Anliegen:

A. Pensionsreform

A.1. Maßnahmen im Beamtenpensionsrecht

Die österreichischen Pensionssysteme mit ihrem im internationalen Vergleich sehr hohen Leistungsniveau stehen vor langfristigen Herausforderungen:

Der Eintritt in das Erwerbsleben erfolgt insbesondere durch ein ständig verbessertes Ausbildungsangebot tendenziell in immer höherem Lebensalter; gleichzeitig sinkt das tatsächliche Pensionsantrittsalter ständig. Die Lebenserwartung der Pensionistinnen und Pensionisten nimmt hingegen ständig – im Schnitt um ein Jahr in jedem Jahrzehnt – zu, womit sich die reale Pensionsbezugsdauer in jedem Jahrzehnt insgesamt um etwa zwei Jahre verlängert. Als Folge dieser Umstände werden in Zukunft immer mehr Pensionistinnen und Pensionisten immer weniger im Erwerbsleben stehenden Personen gegenüberstehen, was für die zukünftige Finanzierbarkeit der Pensionen weitreichende Konsequenzen hat.

Die Bundesregierung ist bestrebt, durch langfristig wirksame Reformen aller Pensionssysteme sowohl den Pensionsbezieherinnen und Pensionsbezieher als auch zukünftigen Generationen eine angemessene Pensionsversorgung zu gewährleisten. Einer der zum Erreichen dieses Zieles unabdingbar notwendigen Schritte besteht in der Harmonisierung aller Pensionssysteme.

In diesem Sinne enthält der Entwurf folgende Maßnahmen im Beamtenpensionsrecht:

- die Einführung eines Durchrechnungszeitraums für die Pensionsbemessung,
- die Übernahme des Anpassungsfaktors aus der gesetzlichen Pensionsversicherung und
- eine neue Bemessungsvorschrift für die Nebengebühreuzulage.

In bestehende Pensionen wird dabei nicht eingegriffen. Für alle Maßnahmen, die eine spürbare Absenkung der zukünftig zu erwartenden Pension nach sich ziehen, sind aus Gründen des Vertrauensschutzes ausreichende Übergangsregelungen vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Auswirkungen der Übernahme des ASVG-Anpassungsfaktors können derzeit nicht abgeschätzt werden. Dieser Faktor ist für 1998 noch nicht festgesetzt und auch der sich bei Beibehaltung der Pensionsautomatik ergebende Erhöhungsfaktor liegt noch nicht vor.

Die beiden übrigen Maßnahmen werden erst im Jahre 2000 wirksam. Da eine Neubemessung von Ruhegehältern oder Nebengebühreuzulagen nicht geplant ist, sind die finanziellen Auswirkungen der

geplanten Maßnahmen für 1998 und 1999 nur marginal. Beide Maßnahmen zusammen werden im Jahr 2000 Einsparungen im Beamtenpensionsaufwand des Bundes (Hoheitsverwaltung, Post und Landeslehrer) von zirka 30 Millionen Schilling, im Jahr 2001 Einsparungen von zirka 100 Millionen Schilling und im Jahr 2002 Einsparungen von zirka 200 Millionen Schilling bewirken. Das Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen besteht darin, den Anteil der Pensionsübernahme des Bundes (Pensionsaufwand abzüglich Beitragseinnahmen) am BIP – derzeit zirka 1,45% – langfristig konstant zu halten. Bei Unterbleiben gegensteuernder Maßnahmen würde der Anteil der Pensionsübernahme am BIP bis 2030 auf zirka 1,7% steigen.

A.2. Teilpensionsgesetz

Durch die Einführung von Ruhensbestimmungen in von Bundesmitteln gespeisten Pensionsystemen soll Frühpensionsbeziehern, die daneben Erwerbseinkünfte über eine bestimmte Höhe hinaus erzielen, die Pensionsleistung angemessen gekürzt werden.

Die Erforderlichkeit einer solchen Kürzung ergibt sich vor allem daraus, daß es die primäre Aufgabe von Pensionsleistungen ist, eine angemessene Versorgung nach Wegfall des Aktiveinkommens zu gewährleisten. Dies rechtfertigt nach den Einkommensverhältnissen abgestufte Pensionskürzungen bei Überversorgung.

Ein weiteres Ziel des Teilpensionsgesetzes besteht darin, einen frühen Pensionsantritt weniger attraktiv erscheinen zu lassen, wodurch – zusammen mit der Kürzung der Pensionen – eine Verringerung des Pensionsaufwandes oder ein Freiwerden von Arbeitsplätzen zu erwarten ist.

Die finanziellen Einsparungen aus der Teilpensionsregelung können derzeit nicht beziffert werden.

B. Maßnahmen im Bereich der Lehrer

Die vorliegenden Entwürfe enthalten für den Schulbereich folgende Zielsetzungen:

B.1. Verbesserungen in der Altersstruktur der Lehrer

Wegen der in den letzten Jahrzehnten unter anderem aus Gründen der Schulentwicklung vermehrten Anstellungen von Junglehrern besteht derzeit keine gleichmäßig verlaufende Altersstruktur im Lehrerbereich. Ein überdurchschnittlich großer Teil der Lehrerschaft ist im mittleren Dienstalter. Es stehen daher wenige Lehrer zur Pensionierung heran und damit gibt es nur geringe Anstellungschancen für Junglehrer. Durch die befristete freiwillige Möglichkeit für Lehrer, bereits ab dem 55. Lebensjahr mit verringertem Ruhegenuß in den Ruhestand zu treten (Art. 1, § 207n BDG 1979), und die erweiterte Möglichkeit zur Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit geblockter Dienstleistung (Art. 1, §§ 213a bis 213c BDG 1979) können ohne Mehraufwand mehr Junglehrer eingestellt werden. Damit ist auch eine Verbesserung der Altersstruktur zu erwarten.

B.2. Gerechtere Berücksichtigung der unterschiedlichen Belastung der Lehrer

B.2.1. Vergütung für Mehrleistungen

Die derzeitige Regelung des § 61 GG 1956 unterscheidet zwischen „dauernden Mehrdienstleistungen“ und „Einzelmehrdienstleistungen“. Derzeit bleibt der Unterrichtsentfall an einem Tag der Woche unberücksichtigt; dh. daß eine Mehrdienstleistungsvergütung trotz des Entfalls von Unterricht weiterbezahlt wird und auch ein Vertreter keine zusätzliche Abgeltung erhält. Schließlich ergeben sich Interpretationsprobleme. Daher soll die Abgeltung der Mehrdienstleistungen der Lehrer verstärkt auf die tatsächliche unterrichtliche Inanspruchnahme abgestellt werden. Damit verbunden ist auch die Neuregelung betreffend die Lehrverpflichtung in Klassen mit abschließenden Prüfungen (zB Reifeprüfung). Diese Neuregelungen betreffen § 61 des Gehaltsgesetzes 1956 im Art. 2 des Entwurfes und § 4 BLVG im Art. 6 des Entwurfes. Neben einer gerechteren und gesetzlich klarer definierten Vorgangsweise ergibt sich auch ein Einsparungseffekt. In diesem Zusammenhang sind jedoch Begleitmaßnahmen (siehe B.2.2 bis B.2.4) erforderlich. Die vorgesehene Neuregelung entspricht auch Anregungen des Rechnungshofes.

Auf Grund dieser Maßnahme sind Verringerungen des Personalaufwandes sowohl im Landeslehrer- als auch im Bundeslehrerbereich zu erwarten, mit denen die Mehrkosten der unter Punkt B.2.2 bis B.2.4 dargestellten Maßnahmen jedenfalls bedeckt werden können.

B.2.2. Zusätzliche Vergütung für mehrtägige Schulveranstaltungen

Bereits derzeit werden Mehrdienstleistungsvergütungen während mehrtägiger Schulveranstaltungen eingestellt. Lehrer, die an derartigen Schulveranstaltungen mit der pädagogisch-inhaltlichen Betreuung einer Gruppe betraut sind, haben jedoch zusätzliche Belastungen, für die im § 63a des Gehaltsgesetzes 1956 (Art. 2 des Entwurfes) eine Abgeltung vorgesehen wird.

B.2.3. Abgeltung für Nebenleistungen

Die Abgeltung für Nebenleistungen (insbesondere für Kustodiate) ist zum Großteil gesetzlich oder durch Verordnung festgelegt, wodurch nicht immer auf die am betreffenden Schulstandort gegebenen Erfordernisse Bedacht genommen werden kann. Die nunmehr vorgesehenen Ermächtigungen, die für bestimmte Nebenleistungen vorgesehenen Abgeltungen anders zu verteilen, sollen den Erfordernissen besser Rechnung tragen (siehe § 9 Abs. 3a BLVG im Art. 6 des Entwurfes und § 43 Abs. 7 LDG im Art. 7 des Entwurfes). In diesem Zusammenhang ist darauf Bedacht zu nehmen, daß gerade im weiterführenden Schulwesen insbesondere auf Grund der gestiegenen Anforderungen hinsichtlich der Ausstattung von Unterrichtsmitteln in manchen Bereichen (siehe insbesondere moderne Technologien) zusätzliche Abgeltungen erforderlich sind, die vor allem von der Größe der Schule abhängen.

B.2.4. Abgeltung für Schulleitertätigkeit im Pflichtschulbereich

Die Änderungen im Pflichtschulwesen haben in erschwerender Weise die Leiter an Pflichtschulen betroffen, da hier keine Möglichkeit für die Bestellung von Lehrern zur Unterstützung des Schulleiters uä. gegeben ist und darüber hinaus diesen Leitern im Regelfall kein Verwaltungspersonal zur Verfügung steht.

Finanzielle Auswirkungen der unter B.2 vorgesehenen Maßnahmen:

Die unter B.2 vorgesehenen Maßnahmen haben folgende Kostenauswirkungen für den Bund (Kosten der Bundeslehrer und Bundesanteil an den Kosten der Landeslehrer) und für die Länder (Länderanteil an den Kosten der Landeslehrer):

Maßnahme	Bund Millionen Schilling jährlich	Länder
B.2.1 Vergütung für MDL (§ 61 GG 1956)	-726	-36
Nicht ganzjährig geführte Klassen (§ 4 BLVG)	-190	-
B.2.2 Abgeltung für mehrtägige Schulveranstaltungen (§ 63a GG 1956)	+ 36,5	+ 1
Weiters fallen für Leiter von Schulveranstaltungen Mehrkosten von rund 1,5 Millionen Schilling an, die jedoch aus dem vorgegebenen Werteinheitenkontingent bedeckt werden		
B.2.3 Abgeltung für Nebenleistungen (§ 9 Abs. 3a BLVG; ergibt Mehrkosten von 28 Millionen Schilling, die jedoch aus dem vorgegebenen Werteinheitenkontingent bedeckt werden); im Landeslehrerbereich kein Mehraufwand, weil hier nur eine Umverteilung vorgesehen ist	-	-
B.2.4 Erhöhung der Leiterzulagen und Regelung der Abgeltung der Leitervertreter im Pflichtschulbereich	+ 20	+ 2
Summe	-859,5	-33

C. Maßnahmen im Bereich der Exekutive

Die besonderen Erschwernisse des Exekutivdienstes mit seinen regelmäßigen Außendienstverrichtungen und besonders belastenden Nachtdiensten rechtfertigen bei langer Verwendung im exekutiven Außendienst Ausgleichsmaßnahmen. Der Entwurf sieht daher im Zusammenhang mit der Frühpensionierung von Exekutivbeamten nach dem vollendeten 57. und vor dem 60. Lebensjahr eine Verminderung des Abschlags bei Frühpensionierung und einen je nach Lebensalter beim Ausscheiden aus dem Dienststand gestaffelten, eingeschränkten Anspruch auf Jubiläumszuwendung vor.

Mit diesen Maßnahmen sind jährlich folgende Mehrkosten verbunden:

	Millionen Schilling
1. Änderung der pensionsrechtlichen Abschlagsregelung für Exekutivbeamte (Verminderung des Abschlages ... 0,06 Millionen Schilling; Personalkosten für zirka 50 zusätzlich erforderliche Ersatzkräfte).....	38,5
2. Jubiläumszuwendung:	

a) für nach dem 57. Lebensjahr wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzte Exekutivbeamte	8,6
b) Todesfall im Dienst nach 35 Dienstjahren (§ 20c GG 1956)	0,5

D. Gehaltsabkommen für den öffentlichen Dienst für das Jahr 1998

Der vorliegende Gesetzentwurf berücksichtigt außerdem das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Verhandlungskomitee der Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst. Der am 3. Oktober 1997 erzielte Gehaltsabschluß sieht eine Erhöhung der Gehälter der Beamten und der Monatsentgelte der Vertragsbediensteten ab 1. Jänner 1998 um 466 S vor. Für Teilbeschäftigte gilt der Schillingbetrag in dem Ausmaß, das dem Prozentanteil der betreffenden Teilbeschäftigung am Ausmaß der Vollbeschäftigung entspricht. Die Laufzeit des Gehaltsabkommens endet mit 31. Dezember 1998. Das Abkommen sieht ferner eine den Maßnahmen im ASVG-Bereich entsprechende Sonderregelung für das Karenzurlaubsgeld nach dem Karenzurlaubsgeldgesetz und den allenfalls dazu gebührenden Zuschuß für die Jahre 1998 und 1999 vor.

Das Gehaltsabkommen erfordert Mehrkosten von 2,9 Milliarden Schilling je Kalenderjahr. Für die Bedeckung wird in den Bundesvoranschlägen 1998 und 1999 vorzusorgen sein.

E. Dienstrechtliche Sonderregelungen für Beamte, die ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesen sind

Dienstrechtliche Sonderregelungen für Beamte, die ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesen sind, sollen es den betreffenden Unternehmen ermöglichen, einerseits Personalüberkapazitäten sozialverträglich abzubauen und andererseits den verbleibenden Beamten eine marktgerechtere Entlohnung anbieten zu können. Besonderes Augenmerk wurde bei der Ausarbeitung der Entwürfe auf die Aufwandsneutralität der Regelungen für den Aktivitäts- und den Pensionsaufwand des Bundes gelegt. Finanzielle Auswirkungen für den Bund sind somit nicht zu erwarten.

F. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung dieses Bundesgesetzes ergibt sich hinsichtlich

1. der Art. 1 bis 6 (BDG 1979, Gehaltsgesetz 1956, VBG 1948, PG 1965, NGZG und BLVG), 9 bis 12 (Bundestheaterpensionsgesetz, RDG, KUG, 31. Gehaltsgesetz- Novelle), 13 (Teilpensionsgesetz) und 14 (Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte) aus Art. 10 Abs. 1 Z 16 B-VG,
2. des Art. 7 (LDG 1984) aus Art. 14 Abs. 2 B-VG und
3. des Art. 8 (LLDG 1985) aus Art. 14a Abs. 3 B-VG.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in einer Sitzung am 22. Oktober sowie in einer weiteren Sitzung am 23. Oktober, 3. und 4. November 1997 in Verhandlung gezogen.

Am 22. Oktober 1997 führte der Ausschuß gemäß § 37 Abs. 9 der Geschäftsordnung ein öffentliches Hearing durch, an dem die Experten Mag. Alois **Guger**, Univ.-Prof. Dr. Franz **Marhold**, Mag. Peter **Goldgruber**, Univ.-Prof. Dr. Friedrich **Schneider** und Alfred **Bastecky** teilnahmen.

An der Debatte im Ausschuß beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Dr. Josef **Höchtl**, Hermann **Böhacker**, Marianne **Hagenhofer**, Karl **Öllinger**, Hans Helmut **Moser**, Mag. Reinhard **Firlinger**, Mag. Gilbert **Trattner**, Dr. Michael **Spindelegger**, Dr. Alfred **Gusenbauer**, Peter **Rosenstingl**, Mag. Terezija **Stoisits**, Dr. Volker **Kier**, Dipl.-Kfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Dr. Martin **Graf**, Mag. Karl **Schweitzer**, Reinhart **Gaugg**, Ing. Mag. Erich L. **Schreiner**, Dr. Kurt **Heindl**, Kurt **Eder**, Mag. Herbert **Kaufmann** und Dipl.-Vw. Dr. Dieter **Lukesch** sowie der Ausschußobmann Dr. Ewald **Nowotny** und der Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Wolfgang **Ruttenstorfer**.

Bei der Abstimmung wurde der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Ewald **Nowotny** und Dipl.-Kfm. Dr. Günter **Stummvoll** sowie eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Ewald **Nowotny**, Dipl.-Kfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Dr. Martin **Graf**, Hans Helmut **Moser** und Mag. Terezija **Stoisits** teils einstimmig, teils mit Mehrheit angenommen.

Ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Hans Helmut **Moser** fand nicht die Mehrheit des Ausschusses, ebenso ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Mag. Terezija **Stoisits**.

Dem vom Ausschuß angenommenen Antrag der Abgeordneten Dr. Ewald **Nowotny** und Dipl.-Kfm. Dr. Günter **Stummvoll** war nachstehende Begründung beigegeben:

911 der Beilagen

5

„Der vorliegende Entwurf von Ausschlußänderungen zum Entwurf einer BDG-Novelle 1997 betrifft folgende Angelegenheiten:

1. Aktualisierung des Richtverwendungskataloges für die Funktionsgruppe 8 und 9 der Verwendungsgruppe A 1 (Z 1 – Anlage 1 Z 1.2, 1.3 und 1.4.6 BDG 1979);
2. Aufnahme der ab 1. Jänner 1998 für den unabhängigen Asylsenat vorgesehenen Verwendungen in den Richtverwendungskatalog (Z 1 – Anlage 1 Z 1.4.8, 1.5.7 und 1.6.7 BDG 1979);
3. legistische Klarstellung, daß die begünstigte Abschlagsregelung bei Beamten des Exekutivdienstes und Wachebeamten mit langer Exekutivdienstzeit unabhängig vom Lebensalter zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung gilt sowie Anordnung der Rückwirkung dieser Regelung für nach dem 30. April 1996 in den Ruhestand versetzte Beamte;
4. Änderung der Übergangsregelung für Beamte mit Anspruch auf Fixgehalt beim Überstieg vom bisherigen Pensionsbemessungsrecht auf das neue Durchrechnungssystem;
5. Entfall der Abschlagsregelung bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung bei dauernder Erwerbsunfähigkeit;
6. Entfall des jährlichen Nachweises der Beitragsgrundlagen;
7. Einführung eines Kinderzurechnungsbetrages für Zeiten der Kindererziehung, die vor der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft liegen;
8. Verbesserungen bei der Anrechnung von Ruhegehußvordienstzeiten für Beamte, die eine Gesamtdienstzeit von 40 Jahren zur Erlangung des Ruhegenusses im Ausmaß der Ruhegehußbemessungsgrundlage benötigen;
9. Regelungen zur Vermeidung von sich aus der Durchrechnung ergebenden Härtefällen;
10. formale Anpassung einer Bezeichnung in dem das LDG 1984 betreffenden Teil der Regierungsvorlage an die Nomenklatur im übrigen LDG 1984;
11. angemessene Korrekturen bei der Abschlagsregelung wegen vorzeitiger Ruhestandsversetzung für Ballettmitglieder;
12. legistische Korrekturen beim Teilpensionsgesetz;
13. Erweiterung der Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Post- und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft.

Zu Z 1 und 2:

Anpassung des Gesetzstitels und des Inhaltsverzeichnisses an die Änderung der Überschrift zu Art. 14.

Zu Z 3 (Anlage 1 Z 1.2, 1.3 und 1.4.6 BDG 1979):

Zum Unterschied von den übrigen Funktionsgruppen des A-Schemas enthält der Richtverwendungskatalog der Anlage 1 für die Funktionsgruppen 8 und 9 der Verwendungsgruppe A 1 eine taxative Aufzählung der diesen Funktionsgruppen zugeordneten Spitzenfunktionen. Die Veränderungen in der Kompetenzverteilung der Bundesministerien und die Ausgliederung einzelner Bereiche machen daher eine Anpassung dieses Teiles des Richtverwendungskataloges erforderlich, um eine ordnungsgemäße Überleitung in das neue System zu ermöglichen, das für die angeführten Funktionsgruppen mit 1. Jänner 1998 in Kraft treten wird.

Darüber hinaus wurde in einigen Bundesministerien die Aufbauorganisation geändert, so daß auch aus diesem Grund eine Anpassung des Richtverwendungskataloges für die Funktionsgruppen 8 und 9 der Verwendungsgruppe A 1 notwendig geworden ist.

Die bisher in Z 1.4.6 lit. c angeführte Funktion des Leiters der Bundesbaudirektion Wien wurde durch die Funktion des Leiters der Bundesbaudirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland abgelöst, die nun in Z 1.3.4 lit. c angeführt ist. Z 1.4.6 lit. c kann daher entfallen.

Die vorgesehenen Änderungen erfordern keine Mehrkosten.

Zu Z 3 (Anlage 1 Z 1.4.8, 1.5.7 und 1.6.7 BDG 1979):

Mit dem Bundesgesetz über den unabhängigen Bundesasylsenat (UBASG), BGBl. I Nr. 77/1997, ist auch die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung des Vorsitzenden, des Stellvertretenden Vorsitzenden und der Mitglieder dieses Senates geregelt worden. Sie sind der Verwendungsgruppe A 1 des Allgemeinen Verwaltungsdienstes zugeordnet. Eine entsprechende Ergänzung der Richtverwendungen in der Funktionsgruppe 7 für den Vorsitzenden, in der Funktionsgruppe 6 für den Stellvertretenden Vorsitzenden und in der Funktionsgruppe 5 für die Mitglieder des Unabhängigen Bundesasylsenates bietet sich wegen des abweichenden Typus dieser Verwendungen von den sonstigen Richtverwendungen des BDG 1979 an.

Zu Z 4 (§ 83a Abs. 1 GG):

Die geringere Kürzung der Ruhegenußbemessungsgrundlage für höchstens 36 Monate für Beamte des Exekutivdienstes und Wachebeamte, die vor dem 60. Lebensjahr wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, soll diesen unabhängig vom Lebensalter zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung zugute kommen.

Zu Z 5 (§ 113c Abs. 1 GG):

§ 113c GG soll einen geordneten Übergang von den speziell für Fixgehälter geltenden Bestimmungen über eine verzögerte Ruhegenußfähigkeit auf die Regelung über die Durchrechnung ermöglichen. Damit sollen sachlich nicht gerechtfertigte Begünstigungen bei der Pensionsbemessung vermieden werden, die sich für Beamte mit Fixgehältern nach den §§ 31 oder 87 des Gehaltsgesetzes 1956 am Beginn der Etappenregelung bei noch sehr kurzen Durchrechnungszeiträumen ergeben könnten. Auf Grund detaillierter Berechnungen an Hand von vielen Fallbeispielen hat es sich erwiesen, daß diesem Anliegen am ehesten durch die nunmehr gewählte Fassung des § 113c Abs. 1 entsprochen werden kann, wonach für alle diese Beamten, deren Fixgehalt nicht oder nicht zur Gänze für die Ruhegenußbemessung herangezogen werden kann, bei Ausscheiden aus dem Dienststand in den Jahren 2003 bis 2006 an Stelle der Durchrechnung noch das bisherige Pensionsbemessungssystem der §§ 32 oder 88 des Gehaltsgesetzes 1956 heranzuziehen ist.

Wer zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand bereits neun Jahre an den Fixgehaltsgruppen zuzuordnenden Funktionszeiten aufweist und daher nicht mehr unter die Ausnahmeregelungen der §§ 32 oder 88 fällt, wird von der Übergangsregelung des § 113c nicht erfaßt und fällt daher von Anfang an unter die neuen Durchrechnungsbestimmungen.

Zu Z 6 und 8 (§ 4 Abs. 4 Z 3, Abs. 7 und 8 PG 1965):

Bei Vorliegen von dauernder Erwerbsunfähigkeit zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung soll keine Kürzung der Ruhegenußbemessungsgrundlage stattfinden. Abs. 7 enthält eine Legaldefinition des Begriffes ‚dauernde Erwerbsunfähigkeit‘. Abs. 8 regelt die Meldepflicht des Beamten und die Neubemessung des Ruhegenusses bei Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit.

Zu Z 7 (§ 4 Abs. 2 und 3 PG 1965):

Die Regelung über die Nachweisung und Anerkennung der Pensionsbeitragsgrundlagen ist zu verwaltungsaufwendig und entfällt daher.

Zu Z 9 und 10 (§ 10 Abs. 1 und § 15 Abs. 3 Z 1 und Abs. 5 Z 1 PG 1965):

Zitierungsanpassungen auf Grund des Entfalls der Abs. 2 und 3 im § 4.

Zu Z 11 (§ 25a PG 1965):

Zeiten der Kindererziehung, die vor der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft liegen, sollen in Form eines Kinderzurechnungsbetrages beim Ausmaß des Ruhegenusses berücksichtigt werden.

Zu Z 12 (§ 54 Abs. 2 und 5 und § 55 Abs. 3 PG 1965):

Für jene Beamten, die nach dem 30. April 1995 in ein Dienstverhältnis zu einer österreichischen Gebietskörperschaft aufgenommen worden sind, sollen Zeiten eines Dienstverhältnisses bei einem sonstigen Dienstgeber oder eines Berufsausbildungsverhältnisses (nicht jedoch Schulzeiten), die der Beamte vor der Vollendung des 18. Lebensjahres zurückgelegt hat, als Ruhegenußvordienstzeiten angerechnet werden, sofern für diese Zeiten ein Überweisungsbetrag geleistet wird. Außerdem soll für diese Beamten die bloß bedingte Anrechnung von Zeiten, die sie nach der Vollendung des 18., aber vor der Vollendung des 25. Lebensjahres zurückgelegt haben, entfallen.

Zu Z 13 (§ 62e Abs. 3 und 4 PG 1965):

Zitierungsanpassungen auf Grund des Entfalls der Abs. 2 und 3 im § 4.

Zu Z 14 (§ 62e Abs. 7 bis 9 PG 1965):

Die begünstigende Bestimmung des § 83a GG 1956 soll rückwirkend auch jenen Beamten des Exekutivdienstes und Wachebeamten sowie deren Hinterbliebenen zugute kommen, die nach dem 30. April 1996 aus dem Dienststand ausgeschieden sind.

Zu Z 15 (§§ 62f bis 62h PG 1965):

Für Pensionen, die während der Dauer des für die Einführung der Durchrechnung vorgesehenen Übergangszeitraums – somit vom Jahr 2003 bis zum Jahr 2019 – erstmalig anfallen, sehen die §§ 62f bis 62h eine Deckelung des ‚Durchrechnungsverlustes‘ vor. Zweck dieser Regelungen ist es insbesondere, unangemessen hohe Absenkungen der Pensionen während eines Zeitraums, in dem sich die Betroffenen nicht mehr ausreichend auf die neue Rechtslage einstellen können, zu verhindern und somit Härtefälle zu vermeiden.

Technisch ist dazu die Berechnung eines Vergleichsruhegenusses und einer Vergleichsruhegenußzulage – die Summe dieser Beträge bildet die ‚Vergleichspension‘ – nach den bis zur Einführung der Durchrechnung geltenden Bestimmungen erforderlich. § 62g enthält zu diesem Zweck jene Bestimmungen, die durch die Einführung der Durchrechnung obsolet werden: Insbesondere betrifft dies die Ableitung des Ruhegenusses vom Letztbezug, die pensionsrechtlichen Folgen der Teilbeschäftigung und die Bemessung einer eigenständigen Ruhegenußzulage. Soweit § 62g keine Sonderregelungen enthält, sind die sonstigen für die Bemessung von Ruhegenüssen maßgeblichen Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965 anzuwenden; dies betrifft etwa die Abschlagsregelung bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand, den Beitrag nach § 13a PG 1965 oder die Zurechnung von Zeiten bei Unfähigkeit zu einem zumutbaren Erwerb.

Ist die sohin berechnete Vergleichspension niedriger als oder gleich hoch wie der (durchgerechnete) Ruhegenuß, so gebührt keine Erhöhung desselben. Andernfalls ist der Erhöhungsbetrag nach § 62h Abs. 3 oder 4 zu berechnen; die anzuwendende Methode hängt dabei davon ab, ob die Vergleichspension den Betrag von 28 000 S – dieser Betrag entspricht in etwa dem Median der (Bundes-)Beamtenpensionen – übersteigt oder nicht.

In beiden Fällen wird davon ausgegangen, daß ein Betrag von 28 000 S ‚geschont‘ wird. Konkret darf der Durchrechnungsverlust bei einer Vergleichspension von 10 000 S ein Prozent dieser Pension nicht übersteigen. Dieser Prozentsatz steigt bis zur Pensionshöhe von 28 000 S linear an und fällt bei einer Vergleichspension von unter 10 000 S ebenso linear ab (und beträgt damit zB bei einer Vergleichspension von 19 000 S vier Prozent und bei einer Vergleichspension von 7 000 S null Prozent); der höchste sich dabei ergebende Prozentsatz gilt dabei jeweils für den gesamten Betrag von bis zu 28 000 S. Übersteigt die Vergleichspension 28 000 S, so gilt der Satz von sieben Prozent für die ersten 28 000 S.

Im ersten Fall – die Vergleichspension ist höher als 28 000 S – ist nach § 62h Abs. 3 vorzugehen. Dabei ist zunächst die Differenz zwischen der Vergleichspension und dem Ruhegenuß zu berechnen und der Differenzbetrag als Prozentsatz der Vergleichspension auszudrücken. Im nächsten Schritt ist die Vergleichspension in den über 28 000 S liegenden Betragsteil und den Betrag von 28 000 S zu teilen. Der darüber liegende Betragsteil ist mit dem sich aus dem ersten Schritt ergebenden Prozentsatz, die 28 000 S sind mit sieben Prozent zu multiplizieren. Die beiden Produkte sind sodann zu addieren. Im letzten Schritt ist die Differenz zwischen dem Resultat dieser Addition und dem Betrag, der dem Unterschied zwischen Vergleichspension und Ruhegenuß entspricht, zu ermitteln; der Ruhegenuß ist um diese Differenz zu erhöhen.

Beispiel 1:

Vergleichspension = 50 000, (durchgerechneter) Ruhegenuß = 40 000

Differenz = 10 000, dies entspricht

20% der Vergleichspension.

$(50\,000 - 28\,000) \times 20\% = 4\,400$

$28\,000 \times 7\% = 1\,960$

$4\,400 + 1\,960 = 6\,360$

$10\,000 - 6\,360 = 3\,640$

Der erhöhte Ruhegenuß beträgt $(40\,000 + 3\,640) =$ **43 640 S.**

Im anderen Fall – die Vergleichspension ist niedriger als 28 000 S – ist eine Formel anzuwenden, die das lineare Ansteigen des ‚Schonungsprozentsatzes‘ umsetzt. Die Vergleichspension ist dabei zunächst um den Betrag von 7 000 S zu vermindern und das Resultat dieser Operation durch 300 000 zu dividieren. Das Ergebnis dieser Division ist von 1 abzuziehen. Die Vergleichspension ist mit dem Ergebnis dieser Subtraktion zu multiplizieren. Ist der so ermittelte Betrag höher als der (durchgerechnete) Ruhegenuß, so ist dieser um den Differenzbetrag zu erhöhen.

Beispiel 2:

Vergleichspension = 19 500, (durchgerechneter) Ruhegenuß = 18 500

$19\,500 - 7\,000 = 12\,500$

$12\,500 / 300\,000 = 0,042$

8

911 der Beilagen

 $1 - 0,0417 = 0,958$
 $19\,500 \times 0,958 = 18\,681$

Zitierungsanpassungen auf Grund des Entfalls der Abs. 2 und 3 im § 4 PG 1965.

Zu Z 17 (§§ 43 Abs. 8 LDG 1984):

Das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984 bezeichnet den ernannten Direktor-Stellvertreter an Berufsschulen durchwegs als ‚bestellter Direktor-Stellvertreter‘. Um eine einheitliche Ausdruckweise sicherzustellen, wird daher dieser Begriff im Entwurf des § 43 Abs. 8 an die Nomenklatur des übrigen LDG 1984 angepaßt. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Zu Z 18 und 19 (§ 5a BThPG):

Siehe die Erläuterungen zu Z 6 und 8.

Zu Z 20 (§ 1 Z 1 lit. a des Teilpensionsgesetzes):

Die Anführung der emeritierten Universitäts(Hochschul)professorinnen und -professoren in der Legaldefinition des Begriffes ‚Pension‘ kann entfallen, da Emeritierungen frühestens mit Ablauf des 31. Dezember des Jahres vollziehen können, in dem die Professorin oder der Professor das 66. Lebensjahr vollenden, also in einem Alter, in dem ein Anspruch auf Teilpension nicht mehr bestehen kann.

Zu Z 21 (§ 2 Abs. 3 des Teilpensionsgesetzes):

Korrektur im Sinne der ansonsten im Teilpensionsgesetz berücksichtigten sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

Zu den Z 22 bis 24 (Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte):

Der Inhalt des Antrages ist Bestandteil des Regierungsentwurfes, durch den die Zahl der hinsichtlich der Dienstleistung zugewiesenen Posten in der Telekom-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft erweitert wird. Damit wird der gewachsenen Aufgabenstellung der Post- und Telekom-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft im Bereich Privatisierung Rechnung getragen.“

Dem vom Ausschuß angenommenen Antrag der Abgeordneten Dr. Ewald **Nowotny**, Dipl.-Kfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Dr. Martin **Graf**, Hans Helmut **Moser** und Mag. Terezija **Stoisits** war folgende Begründung beigegeben:

„Mit der gegenständlichen Novellierung des Parlamentsmitarbeitergesetzes soll gewährleistet werden, daß die Gehaltserhöhungen für 1998 im öffentlichen Dienst von 466 S monatlich pro Bediensteten auch auf die Parlamentsmitarbeiter in etwa der gleichen Höhe ausgedehnt werden. Dazu ist es erforderlich, den Vergütungsanspruch von derzeitigen Prozentsatz 35 vH der Dienstklasse IX des 31. Dezember 2019 außer Kraft. Sie gelten jedoch für in diesem Geltungszeitraum angefallene Ruhe- und von solchen abgeleitete Versorgungsansprüche über den Zeitpunkt des Außerkrafttretens für das Jahr 1998 eine Erhöhung des Vergütungsanspruches um 517 S gegenüber 1997. Da von diesem Betrag noch Dienstgeberbeiträge abzuziehen sind, ergibt sich daher für die Parlamentsmitarbeiter eine Gehaltserhöhung für das Jahr 1998 im ungefähr gleichen Ausmaß wie für öffentlich Bedienstete.“

Die Kosten betragen bei voller Inanspruchnahme in etwa 1 Million Schilling, die durch Umschichtungen im Bundesvoranschlag 1998 für das Kapitel 02 (Bundesgesetzgebung) aufzubringen sein werden.“

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1997 11 04

Zu Z 16 (§ 5 Abs. 4 NGZG):

911 der Beilagen

9

Dipl.-Vw. Dr. Dieter Lukesch

Berichterstatter

Dr. Ewald Nowotny

Obmann

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebühreuzulagengesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Richterdienstgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz und die 31. Gehaltsgesetz-Novelle geändert werden, sowie Bundesgesetz über das Zusammentreffen von öffentlich-rechtlichen Pensionsansprüchen mit Erwerbseinkommen (Teilpensionsgesetz), Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte und eine Änderung des Poststrukturgesetzes und Bundesgesetz, mit dem das Parlamentsmitarbeitergesetz geändert wird (1. Budgetbegleitgesetz 1997)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Artikel	Gegenstand
1	Änderung des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979
2	Änderung des Gehaltsgesetzes 1956
3	Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948
4	Änderung des Pensionsgesetzes 1965
5	Änderung des Nebengebühreuzulagengesetzes
6	Änderung des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes
7	Änderung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984
8	Änderung des Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1985
9	Änderung des Bundestheaterpensionsgesetzes
10	Änderung des Richterdienstgesetzes
11	Änderung des Karenzurlaubsgeldgesetzes
12	Änderung der 31. Gehaltsgesetz- Novelle
13	Bundesgesetz über das Zusammentreffen von öffentlich-rechtlichen Pensionsansprüchen mit Erwerbseinkommen (Teilpensionsgesetz)
14	Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte und eine Änderung des Poststrukturgesetzes
15	Änderung des Parlamentsmitarbeitergesetzes

Artikel 1

Änderung des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979

Das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/1997, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 207m wird folgender § 207n samt Überschriften eingefügt:

„5a. Unterabschnitt

Versetzung in den Ruhestand

§ 207n. (1) Der Lehrer ist auf seinen schriftlichen Antrag, aus dem Dienststand ausscheiden zu wollen, frühestens mit Ablauf des 31. August des Schuljahres, in dem er das 55. Lebensjahr vollendet, in den Ruhestand zu versetzen, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

Der Antrag ist spätestens sechs Monate vor dem beabsichtigten Wirksamkeitstermin abzugeben.

(2) Die Versetzung in den Ruhestand wird mit Ablauf des 31. August jenes Schuljahres wirksam, das der Lehrer bestimmt.

(3) Während einer (vorläufigen) Suspendierung gemäß § 112 kann eine Versetzung in den Ruhestand nach Abs. 1 nicht wirksam werden. In diesem Fall wird die Versetzung in den Ruhestand frühestens mit Ablauf des Monats wirksam, in dem die (vorläufige) Suspendierung geendet hat.

(4) Der Antrag auf Versetzung in den Ruhestand nach Abs. 1 kann vom Lehrer spätestens drei Monate vor dem vorgesehenen Wirksamkeitstermin zurückgezogen werden. In diesem Fall hat die Dienstbehörde einen allenfalls bereits erlassenen Bescheid über die Versetzung in den Ruhestand aufzuheben.“

2. Nach § 213 werden folgende §§ 213a bis 213c samt Überschrift eingefügt:

„Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit geblockter Dienstleistung

§ 213a. (1) Dem Lehrer, der zumindest zehn Jahre ununterbrochen im Dienst einer inländischen Gebietskörperschaft gestanden ist, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von zwei, drei, vier oder fünf Schuljahren in der Dauer eines Schuljahres gewährt werden. Während der übrigen Rahmenzeit (Dienstleistungszeit) hat der Lehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf im Fall der zwei-, drei- oder vierjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer einjährigen und im Fall der fünfjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer zweijährigen Dienstleistungszeit angetreten werden.

§ 213b. (1) Dem Lehrer, der das 50. Lebensjahr vollendet hat, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von höchstens zehn Schuljahren in der Dauer von höchstens fünf Schuljahren gewährt werden, wobei die Dienstleistungszeit mindestens die Hälfte der Rahmenzeit betragen muß. Die Freistellung ist nur für die Dauer eines oder mehrerer Schuljahre zulässig. Während der Dienstleistungszeit hat der Lehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf erst nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit angetreten werden und endet frühestens mit Ablauf des Monats, in dem der Lehrer das 60. Lebensjahr vollendet.

§ 213c. (1) Der Antrag auf Gewährung einer Freistellung nach § 213a oder § 213b hat Angaben über Beginn und Dauer der Rahmenzeit sowie über Beginn und Dauer der Freistellung zu enthalten.

(2) Die Freistellung ist ungeteilt zu verbrauchen. Der Lehrer darf während ihrer Dauer nicht zur Dienstleistung herangezogen werden.

- (3) Der Ablauf der Rahmenzeit wird gehemmt durch
 1. den Antritt eines Karenzurlaubes oder
 2. den Antritt des Zivil- oder Präsenzdienstes oder
 3. eine Suspendierung oder
 4. eine unentschuldigte Abwesenheit vom Dienst oder
 5. ein Beschäftigungsverbot nach dem MSchG,

wenn die Abwesenheit vom Dienst nach Z 1 bis 5 die Dauer eines Monats überschreitet. Während der Dauer einer solchen Hemmung darf die Freistellung nicht angetreten werden. Die kalendermäßige

Lagerung der Freistellung nach Ablauf des Hemmungszeitraumes ist neu festzusetzen, falls dies erforderlich ist.

(4) Die Dienstbehörde kann auf Antrag des Lehrers die Gewährung der Freistellung widerrufen oder ihre vorzeitige Beendigung verfügen, wenn kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht. Eine Freistellung nach § 213b kann nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit nicht mehr widerrufen werden.

(5) Während einer Freistellung nach § 213b ist § 14 nicht anzuwenden.

(6) Das Ausmaß der Lehrverpflichtung muß im über die gesamte Rahmenzeit gemessenen Durchschnitt mindestens die Hälfte der vollen Lehrverpflichtung betragen.“

3. Der bisherige § 213a erhält die Bezeichnung „§ 213d“.

4. Im § 219 wird nach Abs. 5a folgender Abs. 5b eingefügt:

„(5b) Dem Antrag eines Lehrers auf Gewährung eines Karenzurlaubes ist stattzugeben, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht und
3. sich der Antrag auf die Dauer eines Schuljahres oder mehrerer aufeinanderfolgender Schuljahre bezieht und spätestens sechs Monate vor dem gewollten Wirksamkeitsbeginn gestellt worden ist.“

5. Dem § 278 wird folgender Abs. 29 angefügt:

„(29) § 207n samt Überschriften, die §§ 213a bis 213d samt Überschrift, § 219 Abs. 5b und die Anlage 1 Z 1.2.5, 1.2.6, 1.3.3, 1.3.4, 1.4.7, 1.4.8, 1.5.6, 1.5.7, 1.6.6 und 1.6.7 sowie der Entfall der Anlage 1 Z 1.4.6 lit. c in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten mit 1. Jänner 1998 in Kraft. Die §§ 213a bis 213c samt Überschrift und § 219 Abs. 5b treten mit Ablauf des 31. August 2003 außer Kraft. Die §§ 213a bis 213c sind jedoch auf Rahmenzeiten, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgelaufen sind, bis zu deren Ablauf weiterhin anzuwenden. § 207n samt Überschriften ist ausschließlich auf Lehrer anzuwenden, die vor dem 1. Jänner 1954 geboren worden sind, und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft.“

6. Anlage I Z 1.2.5 lit. a bis e lautet:

- „a) im Bundeskanzleramt
 - der Sektion I (Präsidium),
 - der Sektion IV (Koordination und Europäische Integration),
 - der Sektion V (Verfassungsdienst),
- b) im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
 - der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten und Leiter der Sektion I (Zentrale Angelegenheiten),
 - der Sektion II (Politische Sektion),
 - der Sektion III (Wirtschafts- und integrationspolitische Angelegenheiten),
 - der Sektion VI (Administrative Sektion),
- c) im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
 - der Präsidialsektion,
 - der Sektion II (Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration),
 - der Sektion III (Gewerbe, Ingenieurwesen, Tourismus),
 - der Sektion V (Bundeshochbau),
 - der Sektion X (Wirtschaftspolitik),
- d) im Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Präsidialsektion,
 - der Sektion II (Sozialversicherung),
 - der Sektion III (Beschäftigungspolitik),
- e) im Bundesministerium für Finanzen
 - der Sektion I (Präsidialsektion),
 - der Sektion II (Budgetsektion),
 - der Sektion III (Integrations- und Zollsektion),
 - der Sektion IV (Steuersektion),

911 der Beilagen

13

der Sektion V (Kreditsektion),
der Sektion VII (Zentrale Personalkoordination),“

7. Anlage 1 Z 1.2.5 lit. f entfällt.

8. In der Anlage 1 Z 1.2.5 werden die lit. i bis m durch folgende Bestimmungen ersetzt:

- „i) im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
der Präsidialsektion,
der Sektion I (Recht),
der Sektion II (Landwirtschaft),
der Sektion VI (Marktordnung),
- j) im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
der Präsidialsektion,
der Sektion V (Familienangelegenheiten),
- k) im Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
der Präsidialsektion (Wissenschaft),
der Zentralsektion (Verkehr und öffentliche Wirtschaft; Luftfahrt),
der Sektion I (Universitäten, Kunsthochschulen, Fachhochschulen),
der Sektion V (Wirtschaftliche Angelegenheiten; Schifffahrt),“

9. Anlage 1 Z 1.2.6 lautet:

„1.2.6. der Leiter einer nachgeordneten Verwaltungsbehörde, eines Amtes oder einer Einrichtung des Bundes, in der Folge „nachgeordnete Dienststelle“ genannt,
des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten
der Ständigen Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel.“

10. Anlage 1 Z 1.3.3 lit. a bis e lautet:

- „a) im Bundeskanzleramt
der Sektion II (Kunstangelegenheiten),
der Sektion III (Bundespressdienst),
der Sektion VI (Lebensmittelangelegenheiten, Veterinärverwaltung, Strahlenschutz,
Gentechnik und Toxikologie),
der Sektion VII (Frauenangelegenheiten, Konsumentenschutz),
- b) im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
der Sektion IV (Rechts- und Konsularsektion),
der Sektion V (Kulturpolitische Sektion),
der Sektion VII (Entwicklungszusammenarbeit; Koordination der internationalen
Entwicklungspolitik),
- c) im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
der Sektion IV (Industrie),
der Sektion VI (Bundesstraßen),
der Sektion VII (Oberste Bergbehörde – Roh- und Grundstoffe),
der Sektion VIII (Energie),
der Sektion IX (Technik und Innovation),
- d) im Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
der Sektion IV (Pflegevorsorge, Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten),
der Sektion V (Arbeitsrecht und allgemeine Sozialpolitik),
der Sektion VI (Zentral-Arbeitsinspektorat),
der Sektion VII (Gesundheitsökonomie, Sozialwissenschaften und Marketing),
der Sektion VIII (Gesundheitswesen),
- e) im Bundesministerium für Finanzen
der Sektion VI (IT-Sektion),“

11. Anlage 1 Z 1.3.3 lit. f entfällt.

12. In der Anlage 1 Z 1.3.3 werden die lit. j bis n durch folgende Bestimmungen ersetzt:

- „j) im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

14

911 der Beilagen

- der Sektion III (Europäische Angelegenheiten und Internationale Agrarbeziehungen),
 der Sektion IV (Wasserwirtschaft und Wasserbau),
 der Sektion V (Forstwesen),
- k) im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
 der Sektion I (Raumordnung, anlagen- und stoffbezogener Umweltschutz),
 der Sektion II (Umweltplanung, Umweltökonomie und Naturschutz),
 der Sektion III (Abfallwirtschaft und Altlastensanierung),
 der Sektion IV (Jugendsektion),
- l) im Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
 der Präsidialsektion (Lehrer- und Erzieherbildung; Mädchen- und Frauenbildung; Bildungsökonomie, Protokoll),
 der Zentralsektion (Planungs-, Programm- und Strukturangelegenheiten des Gesamtressorts; Personalangelegenheiten der Zentralstelle; Budget; Schulerhaltung; Zentrale Kulturförderung),
 der Sektion I (Allgemeinbildendes Schulwesen, Bildungsplanung und internationale Angelegenheiten),
 der Sektion II (Berufsbildendes Schulwesen),
 der Sektion III (Rechtsangelegenheiten; Personalangelegenheiten; Schulrechtsentwicklung, rechtliche ADV-Angelegenheiten; grundsätzliche EU-Angelegenheiten; Organisation),
 der Sektion IV (Kultur- und Kunstangelegenheiten),
 der Sektion V (Allgemeine pädagogische Angelegenheiten, Bildungsmedien; Erwachsenenbildung; Bildungsberatung),
- m) im Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
 der Sektion II (Grundsätzliche Verkehrspolitik; Straßenverkehr),
 der Sektion IV (Oberste Fernmeldebehörde – Fernmeldezentralbüro; Postbehörde; Verkehrs-Arbeitsinspektorat),
 der Sektion VI (Oberste Behörde für Eisenbahnen, Kraftfahr-Linien, Rohrleitungen, Seilbahnen und Schlepplifte),
 der Sektion VII (Forschung und Technologie),
 der Sektion VIII (Internationale Angelegenheiten),“

13. Anlage 1 Z 1.3.4 lit. c und d lautet:

- „c) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten wie
 des Österreichischen Patentamtes,
 des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen,
 der Bundesbaudirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland,
 d) des Bundesministeriums für Finanzen wie
 der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland,
 der Finanzprokuratur,“

14. Anlage 1 Z 1.3.4 lit. g lautet:

- „g) des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wie
 der Österreichischen Nationalbibliothek.“

15. Anlage 1 Z 1.4.6 lit. c entfällt.

16. In der Anlage 1 wird am Ende der Z 1.4.7 der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Folgende Z 1.4.8 wird angefügt:

- „**1.4.8.** der Vorsitzende des unabhängigen Bundesasylsenates.“

17. In der Anlage 1 wird am Ende der Z 1.5.6 der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Folgende Z 1.5.7 wird angefügt:

- „**1.5.7.** der Stellvertretende Vorsitzende des unabhängigen Bundesasylsenates.“

18. In der Anlage 1 wird am Ende der Z 1.6.6 der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Folgende Z 1.6.7 wird angefügt:

- „**1.6.7.** das Mitglied (mit Ausnahme des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden) des unabhängigen Bundesasylsenates.“

Artikel 2**Änderung des Gehaltsgesetzes 1956**

Das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/1997, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 13 werden folgende Abs. 12 bis 15 angefügt:

„(12) Für die Dauer der Dienstleistungszeit nach § 213a Abs. 2 oder § 213b Abs. 2 BDG 1979 gebührt dem Lehrer der Monatsbezug in dem Ausmaß, das

1. seiner besoldungsrechtlichen Stellung und
2. dem Ausmaß seiner Lehrverpflichtung im jeweiligen Schuljahr und
3. dem Anteil der Dienstleistungszeit an der gesamten Rahmenzeit

entspricht. Auf Dienstzulagen, auf die § 58 Abs. 7, § 59a Abs. 5 oder 5a, § 59b oder § 60 Abs. 6 bis 8 anzuwenden sind, und auf die Erzieherzulage ist die Aliquotierungsbestimmung des ersten Satzes nicht anzuwenden. Allfällige Nebengebühren gebühren während der Dienstleistungszeit in demjenigen Ausmaß, in dem sie gebühren würden, wenn keine Freistellung gewährt worden wäre.

(13) Für die Dauer der Freistellung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 gebührt dem Lehrer der Monatsbezug, der

1. seiner besoldungsrechtlichen Stellung und
2. dem durchschnittlichen Ausmaß seiner Lehrverpflichtung während der Rahmenzeit

entspricht. Während der Freistellung gebühren keine der im Abs. 12 zweiter Satz angeführten Zulagen und – abgesehen von einer allfälligen Jubiläumswendung – keine Nebengebühren.

(14) Ändert sich das Ausmaß der Lehrverpflichtung während der Dienstleistungszeit oder wird die Freistellung vorzeitig beendet, so sind die für die Dauer der Rahmenzeit gebührenden Bezüge, soweit erforderlich, neu zu berechnen. Gegen eine sich daraus ergebende Bundesförderung kann Empfang in gutem Glauben nicht eingewendet werden.

(15) Scheidet der Lehrer vor Ablauf der Rahmenzeit aus dem Dienststand oder aus der Besoldungsgruppe der Lehrer aus, so sind die während des abgelaufenen Teiles der Rahmenzeit gebührenden Bezüge unter Berücksichtigung der bis zum Ausscheiden tatsächlich erbrachten Dienstleistung neu zu berechnen. Eine sich daraus allenfalls ergebende Bundesförderung ist zunächst unter Anwendung des § 39 des Pensionsgesetzes 1965 durch Abzug von den Ruhebezügen des Lehrers hereinzubringen. Gegen eine solche Bundesförderung kann Empfang in gutem Glauben nicht eingewendet werden. Ist eine Hereinbringung durch Abzug von den Ruhebezügen nicht möglich, so ist die Ersatzpflicht durch Bescheid festzusetzen. Solche Bescheide sind nach dem VVG, BGBl. Nr. 53/1991, zu vollstrecken.“

2. § 20c Abs. 3 lautet:

„(3) Die Jubiläumswendung im Ausmaß von 400 vH des Monatsbezuges kann auch gewährt werden, wenn der Beamte nach einer Dienstzeit von mindestens 35 Jahren

1. durch Tod aus dem Dienststand ausscheidet oder
2. aus einem anderen Grund aus dem Dienststand ausscheidet und spätestens am Tag des Ausscheidens das 60. Lebensjahr vollendet.

In diesen Fällen ist der Jubiläumswendung der Monatsbezug im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand zugrunde zu legen.“

3. § 22 Abs. 2 lautet:

„(2) Der Pensionsbeitrag beträgt 11,75% der Bemessungsgrundlage. Diese besteht aus

1. dem Gehalt und
2. den als ruhegenüßfähig erklärten Zulagen,

die der besoldungsrechtlichen Stellung des Beamten entsprechen. Den Pensionsbeitrag in der im ersten Satz angeführten Höhe hat der Beamte auch von den Teilen der Sonderzahlung zu entrichten, die den unter Z 1 und 2 genannten Geldleistungen entsprechen.“

4. Im § 22 Abs. 3 bis 5 wird das Zitat „Abs. 2 Z 1 bis 3“ jeweils durch das Zitat „Abs. 2 Z 1 und 2“ ersetzt.

5. Dem § 22 wird folgender Abs. 12 angefügt:

„(12) Während der Rahmenzeit nach § 213a oder § 213b BDG 1979 umfaßt die Bemessungsgrundlage die in Abs. 2 Z 1 und 2 angeführten Geldleistungen in derjenigen Höhe, wie sie sich aus § 13 Abs. 12 und 13 ergibt.“

16

911 der Beilagen

6. Die Tabelle im § 28 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe						
	A 1	A 2	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7
	Schilling						
1	22 015	17 110	15 286	14 983	14 679	14 378	14 072
2	22 015	17 603	15 692	15 290	14 952	14 598	14 239
3	22 015	18 097	16 098	15 597	15 227	14 817	14 407
4	22 798	18 591	16 504	15 904	15 500	15 037	14 575
5	23 577	19 084	16 909	16 211	15 774	15 257	14 742
6	24 705	19 577	17 315	16 518	16 049	15 476	14 910
7	26 603	20 071	17 721	16 824	16 345	15 695	15 078
8	28 506	21 519	18 247	17 132	16 641	15 913	15 245
9	30 408	22 969	18 774	17 439	16 937	16 133	15 413
10	32 305	24 417	19 299	17 766	17 233	16 364	15 581
11	34 204	25 866	19 826	18 093	17 529	16 594	15 749
12	36 105	27 314	20 353	18 420	17 825	16 823	15 929
13	38 006	28 923	20 973	18 746	18 122	17 055	16 108
14	39 906	30 532	21 592	19 073	18 472	17 285	16 288
15	41 806	31 538	22 359	19 400	18 823	17 515	16 468
16	43 708	32 544	23 125	20 120	19 603	17 756	16 648
17	45 606	33 552	23 928	20 841	20 382	17 997	16 829
18	47 516	34 558	24 731	21 562	21 161	18 239	17 009
19	50 153	36 763	25 533	21 849	21 451	18 480	17 188

7. § 31 Abs. 2 lautet:

„(2) Das Fixgehalt beträgt für Beamte

1. in der Funktionsgruppe 7

a) für die ersten fünf Jahre..... 84 925 S,

b) ab dem sechsten Jahr 90 056 S,

2. in der Funktionsgruppe 8

a) für die ersten fünf Jahre..... 91 008 S,

b) ab dem sechsten Jahr 96 139 S,

3. in der Funktionsgruppe 9

a) für die ersten fünf Jahre..... 96 139 S,

b) ab dem sechsten Jahr 103 269 S.“

8. Die §§ 32 und 33 werden samt Überschriften aufgehoben.

9. § 36 Abs. 3 und 4 entfällt.

10. Im § 40a Abs. 1 erster Satz wird vor dem Ausdruck „Exekutivdienstzulage“ der Ausdruck „ruhegenußfähige“ eingefügt.

11. § 42 Abs. 1 lautet:

„(1) Das Gehalt des Staatsanwaltes wird durch die Gehaltsgruppe und in ihr durch die Gehaltsstufe bestimmt und beträgt

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
1	24 864	—	—
2	27 545	—	—
3	30 230	—	—
4	32 915	—	—
5	35 599	—	—
6	38 283	—	—
7	40 971	—	—
8	42 731	44 981	—
9	45 282	47 664	48 293
10	47 835	50 350	50 977
11	50 390	53 036	56 348
12	52 941	55 720	64 402
13	55 492	58 401	67 086
14	58 178	63 770	69 771
15	60 860	69 138	72 453
16	63 547	71 824	75 139

911 der Beilagen

17

Das Gehalt des Leiters der Generalprokuratur beträgt 82 227 S.“

12. Die Tabelle im § 48 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	für		
	Universitätsprofessoren (§ 21 UOG 1993)	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts(Hochschul)- professoren
	Schilling		
1	36 716	32 553	42 742
2	38 570	33 594	44 831
3	40 653	34 632	46 919
4	42 742	35 673	49 006
5	44 831	36 716	51 783
6	46 919	38 570	54 585
7	49 006	40 653	58 222
8	51 783	42 742	61 868
9	54 585	44 831	65 509
10	58 222	46 919	69 154
11	61 868	49 006	–
12	65 509	51 783	–
13	69 154	54 585	–
14	–	58 222	–
15	–	61 868	–

13. Die Tabelle im § 48a Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	–
2	24 049
3	24 832
4	25 611
5	31 491
6	33 391
7	35 289
8	37 189
9	39 090
10	40 990
11	42 890
12	44 791
13	46 691
14	48 595
15	50 869
16	53 506
17	56 143
18	58 780

14. Die Tabelle im § 55 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 1	L 2a 2	L 1	L PA
	Schilling							
1	15 025	16 724	17 842	18 460	18 286	19 609	–	23 950
2	15 284	17 044	18 111	18 741	18 862	20 217	22 015	23 950
3	15 539	17 360	18 376	19 022	19 430	20 832	22 798	23 950
4	15 796	17 688	18 658	19 304	20 009	21 439	23 577	26 037
5	16 053	18 035	18 935	19 584	20 578	22 049	24 705	28 125
6	16 457	18 944	20 056	20 707	21 729	23 277	26 603	30 214
7	17 081	19 863	21 180	21 828	22 923	24 765	28 506	32 302
8	17 732	20 789	22 302	22 952	24 111	26 253	30 408	34 386
9	18 423	21 712	23 427	24 076	25 487	27 977	32 305	36 477
10	19 131	22 633	24 553	25 200	26 861	29 699	34 204	38 570
11	19 845	23 555	25 675	26 319	28 238	31 420	36 105	40 653
12	20 555	24 831	27 018	27 668	29 610	33 143	38 006	42 742
13	21 262	26 101	28 361	29 009	30 993	34 864	39 906	44 831
14	21 974	27 378	29 705	30 350	32 365	36 589	41 806	46 919
15	22 961	28 648	31 052	31 699	33 741	38 310	43 708	49 006

18

911 der Beilagen

16	23 944	29 782	32 242	32 887	34 951	39 842	45 606	51 783
17	24 931	30 959	33 479	34 121	36 219	41 441	47 516	54 563
18	-	-	-	-	-	-	50 153	57 340

15. § 57 Abs. 7 wird aufgehoben. Der bisherige Abs. 6a erhält die Absatzbezeichnung „(7)“.

16. Im § 57 Abs. 9 wird das Zitat „Abs. 2, 6 und 7“ durch das Zitat „Abs. 2 und 6“ ersetzt.

17. § 57 Abs. 11 wird aufgehoben. Der bisherige Abs. 12 erhält die Absatzbezeichnung „(11)“.

18. § 58 Abs. 9, § 59 Abs. 13 und § 59a Abs. 6 werden aufgehoben.

19. § 59c Abs. 2 und 3 wird aufgehoben. Im § 59c Abs. 1 entfällt die bisherige Absatzbezeichnung „(1)“.

20. § 59d Abs. 2 und 3 wird aufgehoben. Im § 59d Abs. 1 entfällt die bisherige Absatzbezeichnung „(1)“.

21. § 59e lautet:

„§ 59e. Die Dienstzulagen nach den §§ 57 bis 59d und die Ergänzungszulage nach § 58 Abs. 8 sind ruhegenüßfähig.“

22. Im § 60a Abs. 1 wird vor dem Ausdruck „Erzieherzulage“ der Ausdruck „ruhegenüßfähige“ eingefügt.

23. § 61 samt Überschrift lautet:

„Vergütung für Mehrdienstleistung

§ 61. (1) Überschreitet der Lehrer durch

1. Unterrichtserteilung,
2. Einrechnung von Nebenleistungen nach § 9 BLVG,
3. Einrechnung von Erzieher Tätigkeiten und Aufsichtsführung nach § 10 BLVG und
4. Einrechnung von Tätigkeiten in ganztägigen Schulformen nach § 12 BLVG

tatsächlich das Ausmaß der wöchentlichen Lehrverpflichtung, so gebührt ihm hiefür an Stelle der in den §§ 16 bis 18 angeführten Nebengebühren eine besondere Vergütung.

(2) Die Vergütung beträgt für jede Unterrichtsstunde einer zwanzigstündigen Lehrverpflichtung, mit der das Ausmaß der wöchentlichen Lehrverpflichtung in der betreffenden Kalenderwoche (Montag bis Sonntag) tatsächlich überschritten wird, 1,73% des Gehaltes des Lehrers. Für die Berechnung dieser Vergütung sind die Ergänzungszulagen, Teuerungszulagen, Dienstalterszulagen und die Dienstzulagen nach § 58 Abs. 4 bis 8, § 59 Abs. 3 bis 12, § 59a Abs. 1 bis 5a, § 60 und § 115 dem Gehalt zuzurechnen. Fällt die betreffende Kalenderwoche in zwei Kalendermonate und stehen für diese Monate das Gehalt oder gemäß Satz 2 zuzurechnende Zulagen in unterschiedlicher Höhe zu, sind die unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen in dem Ausmaß anteilig heranzuziehen, der den Anteilen der auf die beiden Monate entfallenden Teile der Kalenderwoche entspricht.

(3) Bei Lehrern, für die weder das BLVG noch § 194 des BDG 1979 gilt, ist jede nach Abs. 2 abzugeltende Unterrichtsstunde mit jener Zahl von Unterrichtsstunden einer zwanzigstündigen Lehrverpflichtung anzusetzen, die sich aus der Teilung der Zahl 21 durch die um eins erhöhte Wochenstundenzahl des Höchstausmaßes der betreffenden Lehrverpflichtung ergibt.

(4) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 3 sind Unterrichtsstunden, die vom Lehrer auf Grund der bestehenden Lehrfächerverteilung zu halten gewesen wären, wie tatsächlich gehaltene Unterrichtsstunden zu behandeln,

1. wenn sie auf einen Feiertag im Sinne des Feiertagsruhegesetzes, BGBl. Nr. 153/1957, oder auf den Allerseelentag oder auf den Festtag des Landespatrons fallen oder
2. wenn sie wegen der Teilnahme des Lehrers an
 - a) einer eintägigen Schulveranstaltung oder an einer eintägigen schulbezogenen Veranstaltung oder
 - b) an einer Dienststellenversammlung im Sinne des § 5 des Bundespersonalvertretungsgesetzes (PVG), BGBl. Nr. 133/1967, entfallen oder
3. wenn sie wegen eines Dienstauftrages entfallen, dessen Erfüllung
 - a) weder zu den lehramtlichen Pflichten zählt noch der Fort- oder Weiterbildung oder einer sonstigen Ausbildung dient, und
 - b) nicht zu einem anderen Zeitpunkt möglich ist oder
4. wenn sie wegen einer von der Dienstbehörde genehmigten Teilnahme des Lehrers an
 - a) Schulungsveranstaltungen für Personalvertreter oder

911 der Beilagen

19

b) gewerkschaftlichen Schulungsveranstaltungen mit den im § 25 Abs. 6 des Bundes-Personalvertretungsgesetzes (PVG), BGBl. Nr. 133/1967, angeführten Inhalten entfallen.

- (5) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 3 sind ferner Zeiten
1. der Aufsichtsführung während der Klausurprüfung im Rahmen einer Reifeprüfung, Reife- und Diplomprüfung, Diplomprüfung und Abschlußprüfung sowie
 2. der Vorbereitung von Prüfungskandidaten auf die mündliche Prüfung im Rahmen einer Reifeprüfung, Reife- und Diplomprüfung, Diplomprüfung und Abschlußprüfung nach der Klausurprüfung

insgesamt bis zum Ausmaß der vor der Klausurprüfung stundenplanmäßig vorgesehenen einschlägigen Unterrichtsstunden wie tatsächlich gehaltene Unterrichtsstunden zu behandeln.

(6) Eine vom Lehrer auf Grund der Anordnung einer Supplierung tatsächlich erbrachte Unterrichtserteilung, die über das Ausmaß der gemäß der bestehenden Lehrfächerverteilung zu haltenden Unterrichtsstunden hinausgeht, ist auch dann gemäß Abs. 2 zu berücksichtigen, wenn in der betreffenden Woche die wöchentliche Lehrverpflichtung infolge Erkrankung nicht erfüllt wird und soweit dadurch die wöchentliche Lehrverpflichtung im Falle der Abhaltung der wegen der Erkrankung entfallenen Unterrichtsstunden überschritten worden wäre.

(7) Auf einen Lehrer, dessen Lehrverpflichtung nach den §§ 50a oder 50b BDG 1979 oder nach § 8 BLVG herabgesetzt worden ist oder der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c MSchG oder nach § 8 EKUG in Anspruch nimmt, sind die Abs. 1 bis 6 mit folgenden Abweichungen anzuwenden:

1. Die herabgesetzte Lehrverpflichtung des Lehrers gilt als wöchentliche Lehrverpflichtung im Sinne des Abs. 1.
2. Für Zeiten, mit denen der Lehrer lediglich das Ausmaß der herabgesetzten – und nicht einer vollen – Lehrverpflichtung überschreitet, tritt an die Stelle der im Abs. 2 angeführten Vergütung von 1,73% eine Vergütung von 1,15%.“

24. Nach § 63 wird folgender § 63a samt Überschrift eingefügt:

„Abteilung für mehrtägige Schulveranstaltungen

§ 63a. Dem Lehrer gebührt für die Teilnahme an mindestens viertägigen Schulveranstaltungen mit Nächtigung, sofern er die pädagogisch-inhaltliche Betreuung einer Schülergruppe innehat, eine Abgeltung. Sie beträgt für jeden Tag

- in den Verwendungsgruppen L PA und L 1..... 5,8 ‰,
- in den Verwendungsgruppen L 2..... 4,7 ‰ und
- in der Verwendungsgruppe L 3 3,0 ‰

des Gehalts der Gehaltsstufe 11 der Verwendungsgruppe L 1.“

25. Die Tabelle im § 65 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe	
	S 2	S 1
	Schilling	
1	32 878	42 275
2	34 441	44 455
3	36 003	46 635
4	37 563	48 816
5	39 124	50 995
6	41 740	53 177
7	44 353	55 356
8	46 966	58 019
9	49 584	61 077
10	52 198	64 143

26. Die Tabelle im § 72 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
	E 1	E 2a	E 2b	E 2c
	Schilling			

20

911 der Beilagen

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe			
	E 1	E 2a	E 2b	E 2c
	Schilling			
1	–	–	–	14 578
2	–	–	15 853	14 797
3	–	–	16 227	15 017
4	20 563	18 122	16 965	15 291
5	21 462	18 562	17 339	15 565
6	22 361	19 637	17 711	15 868
7	23 260	20 032	18 085	16 171
8	24 159	20 426	18 457	16 474
9	25 058	20 821	18 829	–
10	26 989	21 216	19 203	–
11	28 921	21 611	20 107	–
12	29 910	22 128	21 012	–
13	31 330	23 505	21 816	–
14	32 750	24 278	22 198	–
15	33 739	25 051	23 103	–
16	34 728	25 879	24 008	–
17	35 717	26 708	24 913	–
18	36 706	27 537	25 817	–
19	39 000	28 044	26 323	–

27. Im § 81 Abs. 1 wird vor dem Ausdruck „Wachdienstzulage“ der Ausdruck „ruhegenüßfähige“ eingefügt.

28. Nach § 83 wird folgender § 83a samt Überschrift eingefügt:

„Besondere Bestimmungen für Beamte des Exekutivdienstes mit langer Exekutivdienstzeit

§ 83a. (1) Für Beamte des Exekutivdienstes, die wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind, beträgt das Ausmaß der Kürzung der Ruhegenüßbemessungsgrundlage für jeden Monat, der zwischen dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand und dem Ablauf des Monats liegt, in dem der Beamte sein 60. Lebensjahr vollenden wird, höchstens jedoch für 36 Monate,

1. für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2002 abweichend von § 4 Abs. 3 des Pensionsgesetzes 1965,

2. für die Zeit ab 1. Jänner 2003 abweichend von § 5 Abs. 2 des Pensionsgesetzes 1965

0,1167 Prozentpunkte, wenn der Beamte eine tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegte Dienstzeit von mindestens 180 Monaten aufweist. Dieser Wert verringert sich für jeweils weitere zwölf Monate tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegter Dienstzeit um 0,0025 Prozentpunkte, darf jedoch 0,0667 nicht unterschreiten.

(2) Weist der Beamte des Exekutivdienstes, der eine tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegte Dienstzeit von mindestens 15 Jahren aufweist und dessen Versetzung in den Ruhestand nach der Vollendung des 57. Lebensjahres, aber vor der Vollendung des 60. Lebensjahres wirksam wird, zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand eine für die Bemessung der Jubiläumszuwendung maßgebende Dienstzeit von mindestens 35, aber weniger als 40 Jahren auf, so kann ihm gemäß § 20c, aber abweichend vom § 20c Abs. 3, eine Jubiläumszuwendung im Ausmaß von 200 vH des Monatsbezuges im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand gewährt werden. Das Ausmaß erhöht sich

1. auf 250 vH, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach der Vollendung des 58. Lebensjahres,

2. auf 300 vH, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach der Vollendung des 59. Lebensjahres wirksam wird.

(3) Zur tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegten Dienstzeit im Sinne der Abs. 1 und 2 zählt jeder Monat, für den dem Beamten eine Vergütung für besondere Gefährdung nach § 74a oder § 82 oder nach einer gleichartigen Bestimmung dieses Bundesgesetzes gebührte, deren Höhe ohne Berücksichtigung der Erhöhung der Vergütung für außerhalb des Dienstplanes erbrachte Dienstleistungen mindestens 7,31% des jeweiligen Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V betragen hat. Hat das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis des Beamten vor dem 1. Dezember 1972 begonnen und hat der Beamte in mindestens 31 Monaten im Zeitraum vom 1. Dezember 1972 bis zum

911 der Beilagen

21

30. November 1977 eine derartige Vergütung bezogen, so gilt die Zeit vom Beginn des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses als Wachebeamter bis zum 30. November 1972, ausgenommen die Zeit der Grundausbildung, als tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegte Dienstzeit im Sinne der Abs. 1 und 2. Andernfalls wird unwiderlegbar das Gegenteil vermutet.

(4) Die für Feststellungen und Verfügungen in Angelegenheiten der Geldbezüge jeweils zuständige Dienstbehörde erster Instanz hat anlässlich jeder Ruhestandsversetzung wegen dauernder Dienstunfähigkeit von Beamten des Exekutivdienstes, die das 57., aber noch nicht das 60. Lebensjahr vollendet haben, die tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegte Dienstzeit im Sinne der Abs. 1 bis 3 mit Bescheid festzustellen.“

29. Die Tabelle im § 85 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe			
	M BO 1	M BO 2	M BUO 1	M BUO 2
	Schilling			
1	22 015	–	–	15 407
2	22 015	–	–	15 682
3	22 015	19 685	17 379	15 955
4	22 798	19 685	17 379	16 230
5	23 577	20 123	17 729	16 503
6	24 705	20 563	18 079	16 777
7	26 603	21 565	18 429	17 073
8	28 506	22 567	18 955	17 371
9	30 408	23 569	19 482	17 666
10	32 305	25 152	20 007	17 962
11	34 204	26 734	20 534	18 258
12	36 105	27 462	21 061	18 554
13	38 006	28 533	21 681	18 850
14	39 906	29 970	22 300	19 202
15	41 806	30 815	23 067	19 551
16	43 708	31 748	23 833	20 331
17	45 606	32 746	24 635	21 111
18	47 516	33 743	25 440	21 894
19	50 153	36 135	26 248	22 183

30. § 87 Abs. 2 lautet:

„(2) Das Fixgehalt beträgt für Berufsmilitärpersonen

1. in der Funktionsgruppe 7
 - a) für die ersten fünf Jahre 84 925 S,
 - b) ab dem sechsten Jahr 90 056 S,
2. in der Funktionsgruppe 8
 - a) für die ersten fünf Jahre 91 008 S,
 - b) ab dem sechsten Jahr 96 139 S,
3. in der Funktionsgruppe 9
 - a) für die ersten fünf Jahre 96 139 S,
 - b) ab dem sechsten Jahr 103 269 S.“

31. § 88 samt Überschrift wird aufgehoben.

32. Die Tabelle im § 89 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	M ZO 1	M ZO 2	M ZUO 1	M ZUO 2	M ZCh
	Schilling				
1	22 015	–	–	15 407	14 072
2	22 015	19 247	–	15 682	14 247
3	22 015	19 685	17 379	15 955	14 423
4	22 798	19 685	17 379	16 230	14 600
5	23 577	20 123	17 729	16 503	14 776
6	24 705	20 563	18 079	16 777	14 952
7	26 603	21 565	18 429	17 073	15 128
8	28 506	22 567	18 955	17 371	15 305
9	30 408	23 569	19 482	17 666	15 481

22

911 der Beilagen

10	32 305	25 152	20 007	17 962	15 657
11	34 204	26 734	20 534	18 258	15 833
12	36 105	27 462	21 061	18 554	16 010

33. § 94 Abs. 3 und 4 wird aufgehoben.

34. Im § 98 Abs. 1 wird vor dem Ausdruck „Truppendienstzulage“ der Ausdruck „ruhegenußfähige“ eingefügt.

35. Die Tabelle im § 103 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe								
	PT 9	PT 8	PT 7	PT 6	PT 5	PT 4	PT 3	PT 2	PT 1
	Schilling								
1	14 383	14 976	15 114	15 597	15 597	17 547	17 547	17 547	21 203
2	14 502	15 121	15 307	15 764	15 764	17 919	17 919	17 919	21 203
3	14 626	15 293	15 523	15 985	16 761	18 364	18 364	18 364	21 203
4	14 759	15 490	15 766	16 265	16 813	18 882	18 894	18 894	22 296
5	14 901	15 715	16 034	16 594	16 966	19 468	19 509	19 974	23 454
6	15 047	15 966	16 329	16 983	17 221	20 121	20 207	20 686	24 676
7	15 202	16 241	16 650	17 432	17 592	20 839	20 994	21 507	25 969
8	15 364	16 546	16 996	17 953	18 065	21 623	21 861	22 432	27 324
9	15 532	16 876	17 376	18 529	18 647	22 474	22 815	23 468	28 744
10	15 709	17 230	17 788	19 162	19 331	23 393	23 850	24 612	30 229
11	15 894	17 626	18 229	19 853	20 120	24 374	24 975	25 862	31 784
12	16 085	18 052	18 697	20 603	21 016	25 422	26 186	27 220	33 399
13	16 284	18 505	19 192	21 407	22 017	26 535	27 479	28 689	35 084
14	16 489	18 984	19 713	22 270	23 123	27 713	28 852	30 262	36 835
15	16 703	19 492	20 259	23 192	24 333	28 958	30 313	31 947	38 647
16	16 925	20 026	20 834	24 170	25 650	30 272	31 860	33 741	40 527
17	17 153	20 586	21 435	25 206	27 068	31 649	33 491	35 639	42 474

36. Im § 103 Abs. 5 wird in Z 1 der Betrag „96 111 S“ durch den Betrag „96 577 S“ und in Z 2 der Betrag „91 266 S“ durch den Betrag „91 732 S“ ersetzt.

37. Die Tabelle im § 109 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe					
	K 6	K 5	K 4	K 3	K 2	K 1
	Schilling					
1	15 913	17 334	17 840	20 808	18 944	21 108
2	16 206	17 791	18 314	21 364	19 485	21 717
3	16 496	18 253	18 790	21 923	20 027	22 324
4	16 791	18 713	19 264	22 479	20 570	22 931
5	17 085	19 173	19 740	23 038	21 113	23 539
6	17 383	19 634	20 213	23 595	22 230	24 792
7	17 687	20 094	20 688	24 154	23 349	26 044
8	18 077	20 686	21 298	24 870	24 469	27 298
9	18 467	21 278	21 907	25 587	25 587	28 552
10	18 857	21 870	22 518	26 304	26 706	29 803
11	19 248	22 462	23 128	27 022	27 824	31 056
12	19 638	23 054	23 740	27 737	28 944	32 309
13	20 027	23 645	24 348	28 454	30 063	33 561
14	20 417	24 385	25 114	29 350	31 180	34 814
15	20 808	25 125	25 874	30 249	32 301	36 069
16	21 196	25 866	26 638	31 144	33 418	37 322
17	21 588	26 605	27 400	32 040	34 538	38 575
18	21 977	27 346	28 164	32 938	35 657	39 827
19	22 366	28 086	28 925	33 832	36 775	41 080
20	22 757	28 823	29 688	34 728	37 893	42 332

38. Nach § 113b wird folgender § 113c samt Überschrift eingefügt:

„Ruhegenußfähigkeit von Fixgehältern

§ 113c. (1) Auf die Bemessung des Ruhegenusses von Beamten, die

911 der Beilagen

23

1. im letzten Monat des Aktivstandes oder
2. während einer den halben Durchrechnungszeitraum übersteigenden Zeit ein Fixgehalt nach den §§ 31 oder 87 bezogen haben, sind anstelle der für die Pensionsbemessung maßgebenden sonstigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, des Pensionsgesetzes 1965 und des Nebengebührentzulagengesetzes die für die Pensionsbemessung maßgebenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, des Pensionsgesetzes 1965 und des Nebengebührentzulagengesetzes in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2002 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden, wenn diese Beamten in den Jahren 2003, 2004, 2005 oder 2006 aus dem Dienststand ausscheiden und eine nach den §§ 32 oder 88 in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2002 geltenden Fassung für die Ruhiggenüßfähigkeit des Fixgehaltes maßgebende Zeit von weniger als neun Jahren aufweisen.

(2) Abs. 1 gilt auch für die Bemessung von Versorgungsgenüssen nach den von Abs. 1 erfaßten Beamten.“

39. Der bisherige § 113c erhält die Bezeichnung „§ 113d“.

40. § 114 Abs. 2 Z 1 bis 6 lautet:

- „1. Beamte der Allgemeinen Verwaltung, Wachebeamte und Berufsoffiziere
a) in den Verwendungsgruppen E und D

in der Verwendungsgruppe E, Dienstklasse III		in der Verwendungsgruppe D, Dienstklasse III	
die Gehaltsstufe	Schilling	die Gehaltsstufe	Schilling
19	15 452	18	18 725
20	15 619	19	19 573

- b) in den Verwendungsgruppen A, H 1, B, W 1, H 2, C und W 2

in der Dienstklasse	die Gehaltsstufe		
	10	9	7
Schilling			
IV	25 494	–	–
V	30 833	–	–
VI	38 777	–	–
VII	54 586	–	–
VIII	–	72 917	–
IX	–	–	87 587

2. Beamte in handwerklicher Verwendung

die Gehaltsstufe	in der Dienstklasse				
	IV	III			
	in der Verwendungsgruppe				
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
Schilling					
10	25 494	–	–	–	–
18	–	19 259	18 725	–	–
19	–	19 920	19 573	16 574	15 452
20	–	–	–	16 790	15 619

3. Universitäts(Hochschul)professoren

in der Gehaltsstufe	für	
	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts-(Hochschul)professoren
	Schilling	
11	–	72 793
16	65 509	–

4. Lehrer

24

911 der Beilagen

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe							
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 1	L 2a 2	L 1	L PA
	Schilling							
18	25 916	32 103	34 685	35 327	37 444	42 990	–	–
19	26 899	33 359	36 013	36 656	38 803	44 692	52 793	60 118
20	–	–	–	–	–	–	55 428	62 894

5. Beamte des Schulaufsichtsdienstes

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe	
	S 2	S 1
	Schilling	
11	54 816	67 203

6. Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe								
	PT 9	PT 8	PT 7	PT 6	PT 5	PT 4	PT 3	PT 2	PT 1
	Schilling								
18	17 386	21 149	22 037	26 242	28 488	33 026	35 121	37 540	44 419
19	17 624	21 712	22 641	–	–	–	–	–	–

41. Die Tabelle im § 118 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	E	D	C	B	A
	Schilling				
1	12 444	13 050	13 659	15 483	19 626
2	12 613	13 324	14 023	15 937	–
3	12 780	13 598	14 386	16 393	–
4	12 946	13 872	14 753	16 847	–
5	13 111	14 146	15 117	17 306	–
6	13 279	14 417	15 483	17 793	–
7	13 447	14 692	15 845	18 296	–
8	13 614	14 964	16 210	–	–
9	13 780	15 239	16 573	–	–
10	13 949	15 511	16 939	–	–
11	14 116	15 785	17 306	–	–
12	14 283	16 058	17 696	–	–
13	14 448	16 330	–	–	–
14	14 617	16 604	–	–	–
15	14 783	16 880	–	–	–
16	14 952	17 153	–	–	–
17	15 117	17 917	–	–	–
18	15 285	–	–	–	–

42. Die Tabelle im § 118 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
	Schilling				
1	13 659	13 356	13 050	12 747	12 444
2	14 023	13 659	13 324	12 962	12 613
3	14 386	13 963	13 598	13 173	12 780
4	14 753	14 267	13 872	13 385	12 946
5	15 117	14 572	14 146	13 598	13 111
6	15 483	14 875	14 417	13 810	13 279
7	15 845	15 176	14 692	14 023	13 447
8	16 210	15 483	14 964	14 237	13 614

911 der Beilagen

25

9	16 573	15 785	15 239	14 448	13 780
10	16 939	16 089	15 511	14 661	13 949
11	17 306	16 393	15 785	14 875	14 116
12	17 696	16 698	16 058	15 087	14 283
13	18 093	17 002	16 330	15 300	14 448
14	18 504	17 306	16 604	15 511	14 617
15	–	17 629	16 880	15 726	14 783
16	–	17 960	17 153	15 937	14 952
17	–	18 605	17 917	16 150	15 117
18	–	–	–	16 364	15 285

43. Die Tabelle im § 118 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
1	–	–	28 038	34 139	46 060	65 585
2	–	23 804	28 884	35 247	48 490	69 253
3	18 725	24 653	29 725	36 349	50 919	72 917
4	19 573	25 494	30 833	38 777	54 586	76 588
5	20 418	26 342	31 938	41 205	58 249	80 255
6	21 263	27 189	33 038	43 636	61 915	83 919
7	22 110	28 038	34 139	46 060	65 585	–
8	22 961	28 884	35 247	48 490	69 253	–
9	23 804	29 725	36 349	50 919	–	–

44. Im § 130 wird vor dem Ausdruck „Omnibuslenkerzulage“ der Ausdruck „ruhegenußfähige“ eingefügt.

45. Die Tabelle im § 138 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	13 203
2	13 378
3	13 552
4	13 727
5	13 900
6	14 326
7	14 608
8	14 892
9	15 171
10	15 453

46. § 142 Abs. 4 wird aufgehoben.

47. Im § 143 Abs. 1 wird vor dem Ausdruck „Wachdienstzulage“ der Ausdruck „ruhegenußfähige“ eingefügt.

48. Nach § 145 wird folgender § 145a samt Überschrift eingefügt:

„Besondere Bestimmungen für Wachebeamte mit langer Exekutivdienstzeit

§ 145a. § 83a ist auch auf Wachebeamte anzuwenden.“

49. Im § 152 Abs. 1 wird vor dem Ausdruck „Truppendienstzulage“ der Ausdruck „ruhegenußfähige“ eingefügt.

50. Dem § 161 wird folgender Abs. 28 angefügt:

„(28) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 20c Abs. 3 mit 1. Mai 1996,
2. § 28 Abs. 1, § 31 Abs. 2, § 42 Abs. 1, § 48 Abs. 1, § 48a Abs. 1, § 55 Abs. 1, § 65 Abs. 1, § 72 Abs. 1, § 83a samt Überschrift, § 85 Abs. 1, § 87 Abs. 2, § 89 Abs. 1, § 103 Abs. 2 und 5, § 109 Abs. 1, § 114 Abs. 2, § 118 Abs. 3 bis 5, § 138 Abs. 1 und § 145a samt Überschrift mit 1. Jänner 1998,

3. § 13 Abs. 12 bis 15, § 22 Abs. 12 und die §§ 61 und 63a samt Überschriften mit 1. September 1998,
4. § 22 Abs. 2 bis 5, § 40a Abs. 1, § 57 Abs. 7, 9 und 11, die §§ 59c bis 59e, § 60a Abs. 1, § 81 Abs. 1, § 98 Abs. 1, § 113c samt Überschrift, § 113d, § 130, § 143 Abs. 1 und § 152 Abs. 1 sowie die Aufhebung der §§ 32 und 33 samt Überschriften, des § 36 Abs. 3 und 4, der bisherigen Abs. 7 und 11 des § 57, des § 58 Abs. 9, des § 59 Abs. 13, des § 59a Abs. 6, des § 88 samt Überschrift, des § 94 Abs. 3 und 4 und des § 142 Abs. 4 mit 1. Jänner 2003.
- § 13 Abs. 12 bis 15 und § 22 Abs. 12 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten mit Ablauf des 31. August 2013 außer Kraft.“

Artikel 3

Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948

Das Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/1997, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2c Abs. 2 werden ersetzt:

a) in Z 1 der Betrag „6 857 S“ durch den Betrag „7 092 S“ und

b) in Z 2 der Betrag „8 161 S“ durch den Betrag „8 441 S“.

2. Die Tabelle im § 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
	Schilling				
1	20 521	16 013	14 048	13 418	12 788
2	21 039	16 430	14 409	13 698	12 946
3	21 559	16 848	14 769	13 978	13 103
4	22 081	17 271	15 128	14 259	13 261
5	22 602	17 718	15 488	14 537	13 418
6	23 123	18 175	15 848	14 816	13 578
7	24 008	18 652	16 209	15 096	13 735
8	24 902	19 126	16 569	15 374	13 894
9	25 791	19 795	16 928	15 655	14 049
10	26 677	20 470	17 292	15 935	14 210
11	27 565	21 356	17 675	16 214	14 367
12	28 449	22 246	18 066	16 491	14 526
13	29 339	23 132	18 470	16 771	14 682
14	30 227	24 016	18 879	17 053	14 839
15	31 114	24 905	19 290	17 338	14 998
16	32 274	25 793	19 700	17 633	15 156
17	33 432	26 686	20 111	17 936	15 314
18	34 591	27 570	20 521	18 243	15 473
19	35 751	28 462	20 929	18 564	15 630
20	36 914	29 347	21 339	18 879	15 788
21	–	–	21 748	19 201	15 946

3. Die Tabelle im § 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5
	Schilling				
1	14 127	13 810	13 493	13 175	12 856
2	14 490	14 123	13 774	13 395	13 017
3	14 854	14 435	14 053	13 615	13 176
4	15 217	14 745	14 336	13 835	13 338
5	15 581	15 056	14 618	14 053	13 496
6	15 941	15 368	14 900	14 273	13 654
7	16 308	15 679	15 177	14 495	13 813
8	16 670	15 987	15 459	14 715	13 975
9	17 032	16 300	15 740	14 934	14 131

911 der Beilagen

27

10	17 401	16 614	16 022	15 156	14 291
11	17 792	16 925	16 304	15 376	14 451
12	18 186	17 237	16 585	15 597	14 614
13	18 600	17 564	16 863	15 816	14 771
14	19 016	17 906	17 146	16 035	14 930
15	19 427	18 243	17 435	16 259	15 092
16	19 844	18 597	17 735	16 478	15 247
17	20 254	18 954	18 043	16 699	15 409
18	20 666	19 305	18 355	16 919	15 567
19	21 081	19 661	18 678	17 139	15 728
20	21 494	20 015	18 996	17 363	15 886
21	21 906	20 371	19 317	17 599	16 049

4. Die Tabelle im § 41 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe							
	1 pa	1 1	1 2a 2	1 2a 1	1 2b 3	1 2b 2	1 2b 1	1 3
	Schilling							
1	25 012	22 548	20 461	19 088	19 281	18 599	17 352	15 469
2	25 012	23 298	21 095	19 677	19 575	18 892	17 691	15 754
3	25 012	24 053	21 725	20 264	19 869	19 187	18 049	16 034
4	27 179	24 897	22 358	20 854	20 163	19 482	18 407	16 318
5	29 355	26 718	22 988	21 442	20 459	19 779	18 780	16 601
6	31 528	28 630	24 285	22 644	21 636	20 959	19 742	17 039
7	33 696	30 544	25 842	23 885	22 816	22 140	20 712	17 723
8	35 865	32 392	27 392	25 126	23 996	23 315	21 680	18 449
9	38 046	34 304	29 180	26 552	25 175	24 496	22 639	19 188
10	40 231	36 267	30 971	27 984	26 356	25 675	23 605	19 935
11	42 421	38 006	32 782	29 433	27 531	26 855	24 566	20 685
12	44 619	39 906	34 589	30 871	28 942	28 266	25 899	21 422
13	46 807	41 806	36 391	32 324	30 350	29 673	27 231	22 172
14	48 997	43 708	38 199	33 772	31 767	31 085	28 559	22 926
15	51 193	45 606	40 005	35 215	33 174	32 496	29 890	23 952
16	54 245	47 450	41 607	36 475	34 412	33 734	31 064	24 983
17	57 151	49 853	43 296	37 816	35 714	35 041	32 294	26 008
18	60 059	49 853	45 093	39 246	37 109	36 439	33 607	27 035
19	62 956	53 452	46 734	40 543	38 374	37 703	34 804	28 060

5. § 41 Abs. 4 lautet:

„(4) Die Vergütungen für Schul- und Unterrichtspraktika gebühren nach den §§ 62 bis 63 des Gehaltsgesetzes 1956, die Abgeltungen für mehrtägige Schulveranstaltungen nach § 63a des Gehaltsgesetzes 1956.“

6. Im § 42f Abs. 1 und im § 73b Abs. 1 und 2 wird das Zitat „§ 47b“ jeweils durch das Zitat „§ 47e“ ersetzt.

7. Die Tabelle im § 44 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsgruppe	für Unterrichtsgegenstände der Lehrverpflichtungsgruppe	für jede Jahreswochenstunde Schilling
1 pa		22 824
1 1	I	17 436
	II	16 512
	III	15 684
	IV	13 632
	IVa	14 268
	IVb	14 592
	V	13 068
1 2a 2		11 496
1 2a 1		10 716
1 2b 3		10 224
1 2b 2		9 888
1 2b 1		9 396

8. Im § 45 Abs. 2 wird das Zitat „§ 61 Abs. 13 Z 2 des Gehaltsgesetzes 1956“ durch das Zitat „§ 61 Abs. 7 Z 2 des Gehaltsgesetzes 1956“ ersetzt.

9. Im § 45 Abs. 3 wird das Zitat „§ 61 Abs. 5 oder 6 des Gehaltsgesetzes 1956“ durch das Zitat „§ 61 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956“ ersetzt.

10. Nach § 47 werden folgende §§ 47a bis 47c samt Überschrift eingefügt:

„Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit geblockter Dienstleistung

§ 47a. (1) Dem Vertragslehrer des Entlohnungsschemas I L, der zumindest zehn Jahre ununterbrochen im Dienst einer inländischen Gebietskörperschaft gestanden ist, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von drei, vier oder fünf Schuljahren in der Dauer eines Schuljahres gewährt werden. Während der übrigen Rahmenzeit (Dienstleistungszeit) hat der Vertragslehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf im Fall der drei- oder vierjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer einjährigen und im Fall der fünfjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer zweijährigen Dienstleistungszeit angetreten werden.

§ 47b. (1) Dem Vertragslehrer des Entlohnungsschemas I L, der das 50. Lebensjahr vollendet hat, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von höchstens zehn Schuljahren in der Dauer von höchstens fünf Schuljahren gewährt werden, wobei die Dienstleistungszeit mindestens die Hälfte der Rahmenzeit betragen muß. Die Freistellung ist nur für die Dauer eines oder mehrerer Schuljahre zulässig. Während der Dienstleistungszeit hat der Vertragslehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf erst nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit angetreten werden und endet frühestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vertragslehrer das 60. Lebensjahr vollendet.

§ 47c. (1) Der Antrag auf Gewährung einer Freistellung nach § 47a oder § 47b hat Angaben über Beginn und Dauer der Rahmenzeit sowie über Beginn und Dauer der Freistellung zu enthalten.

(2) Die Freistellung ist ungeteilt zu verbrauchen. Der Vertragslehrer darf während ihrer Dauer nicht zur Dienstleistung herangezogen werden.

(3) Der Ablauf der Rahmenzeit wird gehemmt durch

1. den Antritt eines Karenzurlaubes oder
2. den Antritt des Zivil- oder Präsenzdienstes oder
3. eine unentschuldigte Abwesenheit vom Dienst oder
4. ein Beschäftigungsverbot nach dem MSchG,

wenn die Abwesenheit vom Dienst nach Z 1 bis 4 die Dauer eines Monats überschreitet. Während der Dauer einer solchen Hemmung darf die Freistellung nicht angetreten werden. Die kalendermäßige Lagerung der Freistellung nach Ablauf des Hemmungszeitraumes ist neu festzusetzen, falls dies erforderlich ist.

(4) Der Dienstgeber kann auf Antrag des Vertragslehrers die Gewährung der Freistellung widerrufen oder ihre vorzeitige Beendigung verfügen, wenn kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht. Eine Freistellung nach § 47b kann nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit nicht mehr widerrufen werden.

(5) Das Ausmaß der Lehrverpflichtung muß im über die gesamte Rahmenzeit gemessenen Durchschnitt mindestens die Hälfte der vollen Lehrverpflichtung betragen.

(6) Für die Dauer der Dienstleistungszeit nach § 47a Abs. 2 oder § 47b Abs. 2 gebührt dem Vertragslehrer das Monatsentgelt in dem Ausmaß, das

1. seiner besoldungsrechtlichen Stellung und
2. dem Ausmaß seiner Lehrverpflichtung im jeweiligen Schuljahr und
3. dem Anteil der Dienstleistungszeit an der gesamten Rahmenzeit

911 der Beilagen

29

entspricht. Auf Dienstzulagen, auf die § 58 Abs. 7, § 59a Abs. 5 oder 6, § 59b oder § 60 Abs. 6 bis 8 des Gehaltsgesetzes 1956 anzuwenden sind, und auf die Erzieherzulage ist die Aliquotierungsbestimmung des ersten Satzes nicht anzuwenden. Allfällige Nebengebühren gebühren während der Dienstleistungszeit in demjenigen Ausmaß, in dem sie gebühren würden, wenn keine Freistellung gewährt worden wäre.

(7) Für die Dauer der Freistellung nach § 47a oder § 47b gebührt dem Vertragslehrer das Monatsentgelt, das

1. seiner besoldungsrechtlichen Stellung und

2. dem durchschnittlichen Ausmaß seiner Lehrverpflichtung während der Rahmenzeit entspricht. Während der Freistellung gebühren – abgesehen von einer allfälligen Jubiläumszuwendung – keine Nebengebühren.

(8) Ändert sich das Ausmaß der Lehrverpflichtung während der Dienstleistungszeit oder wird die Freistellung vorzeitig beendet, so sind die für die Dauer der Rahmenzeit gebührenden Bezüge, soweit erforderlich, neu zu berechnen. Gegen eine sich daraus ergebende Bundesforderung kann guter Glaube nicht eingewendet werden.

(9) Scheidet der Vertragslehrer vor Ablauf der Rahmenzeit aus dem Dienstverhältnis oder aus der Entlohnungsgruppe der Lehrer aus, so sind die während des abgelaufenen Teiles der Rahmenzeit gebührenden Bezüge unter Berücksichtigung der bis zum Ausscheiden tatsächlich erbrachten Dienstleistung neu zu berechnen. Gegen eine sich daraus ergebende Bundesforderung kann guter Glaube nicht eingewendet werden.

(10) Abs. 9 ist nicht anzuwenden, wenn der Vertragslehrer unmittelbar nach Beendigung des vertraglichen Dienstverhältnisses in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis aufgenommen wird. In diesem Fall ist die Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit geblockter Dienstleistung nach den für Beamte geltenden Bestimmungen weiterzuführen.“

11. Die bisherigen §§ 47a und 47b erhalten die Bezeichnung „§ 47d“ und „§ 47e“.

12. Die Tabelle im § 54 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	Schilling
1	22 548
2	23 298
3	24 053
4	24 897
5	26 718
6	28 630
7	30 544
8	32 392
9	34 304
10	36 267
11	38 006
12	39 906
13	41 806
14	43 708
15	45 606
16	47 450
17	49 853
18	49 853
19	53 452

13. Die Tabelle im § 56 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	Schilling
1	24 583
2	25 333
3	26 088
4	31 622
5	33 503
6	35 383
7	37 321
8	39 172
9	40 991
10	42 891
11	44 792

30

911 der Beilagen

12	46 692
13	48 563
14	50 687
15	53 688
16	57 287
17	60 886
18	60 886
19	64 485

14. Die Tabelle im § 61 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe					
	k 6	k 5	k 4	k 3	k 2	k 1
	Schilling					
1	16 271	17 743	18 260	21 299	19 390	21 609
2	16 571	18 211	18 746	21 870	19 945	22 231
3	16 869	18 683	19 235	22 442	20 501	22 854
4	17 171	19 156	19 721	23 013	21 057	23 475
5	17 481	19 627	20 207	23 584	21 614	24 097
6	17 793	20 099	20 693	24 156	22 758	25 381
7	18 105	20 570	21 180	24 727	23 905	26 664
8	18 504	21 178	21 804	25 461	25 051	27 948
9	18 904	21 782	22 429	26 197	26 197	29 231
10	19 304	22 390	23 053	26 930	27 342	30 514
11	19 703	22 995	23 678	27 666	28 488	31 798
12	20 102	23 601	24 304	28 398	29 635	33 081
13	20 501	24 207	24 927	29 133	30 781	34 364
14	20 900	24 964	25 709	30 050	31 925	35 514
15	21 299	25 725	26 490	30 970	33 072	36 606
16	21 698	26 481	27 273	31 888	34 218	37 697
17	22 100	27 238	28 054	32 806	35 273	38 788
18	22 499	27 997	28 835	33 724	36 246	39 881
19	22 897	28 755	29 615	34 640	37 220	41 080
20	23 297	29 511	30 395	35 439	38 195	42 332
21	23 698	30 267	31 177	36 237	39 170	43 584
22	24 298	31 404	32 350	37 435	40 632	45 464

15. § 70 Abs. 1 lautet:

„(1) Das monatliche Sonderentgelt (mit Ausnahme allfälliger Zulagen) jener vollbeschäftigten Vertragsbediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1998 gemäß § 36 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab 1. Jänner 1998 um 466 S erhöht. Das monatliche Sonderentgelt (mit Ausnahme allfälliger Zulagen) jener teilbeschäftigten Vertragsbediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1998 gemäß § 36 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab 1. Jänner 1998 um jenen Prozentsatz des Betrages von 466 S erhöht, der ihrem Beschäftigungsausmaß entspricht.“

16. Dem § 76 wird folgender Abs. 18 angefügt:

„(18) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 2c Abs. 2, § 11 Abs. 1, § 14 Abs. 1, § 41 Abs. 1, § 42f Abs. 1, § 44, die §§ 47a bis 47e samt Überschriften, § 54, § 56 Abs. 1, § 61 Abs. 1, § 70 Abs. 1 und § 73b Abs. 1 und 2 mit 1. Jänner 1998,

2. § 41 Abs. 4 und § 45 Abs. 2 und 3 mit 1. September 1998.

Die §§ 47a bis 47c samt Überschrift treten mit Ablauf des 31. August 2003 außer Kraft; sie sind jedoch auf Rahmenzeiten, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgelaufen sind, bis zu deren Ablauf weiterhin anzuwenden.“

Artikel 4

Änderung des Pensionsgesetzes 1965

Das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/1997, wird wie folgt geändert:

911 der Beilagen

31

1. Für die Zeit vom 1. September 1998 bis zum 31. Dezember 2002 wird der Punkt am Ende des § 4 Abs. 4 Z 2 durch das Wort „oder“ ersetzt und folgende Z 3 angefügt:

„3. wenn der Beamte zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Ruhestandsversetzung dauernd erwerbsunfähig ist.“

1a. Dem § 4 werden für die Zeit vom 1. September 1998 bis zum 31. Dezember 2002 folgende Abs. 6 bis 8 angefügt:

„(6) Im Falle einer Ruhestandsversetzung nach § 207n BDG 1979

1. ist Abs. 5 nicht anzuwenden und

2. beträgt abweichend von Abs. 3 das Ausmaß der Kürzung der Ruhegeußbemessungsgrundlage 0,3333 Prozentpunkte für jeden Monat, der zwischen dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand und dem Ablauf des Monats liegt, in dem der Lehrer sein 60. Lebensjahr vollenden wird.

(7) Als dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Abs. 4 Z 3 gilt ein Beamter nur dann, wenn er infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dauernd außerstande ist, einem regelmäßigen Erwerb nachzugehen.

(8) Übt ein Beamter, dessen Ruhegeuß unter Anwendung des Abs. 4 Z 3 bemessen worden ist, wieder eine Erwerbstätigkeit aus, so ist der Ruhegeuß unter Anwendung der Abs. 3 bis 5 neu zu bemessen. Der Beamte hat die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unverzüglich der Pensionsbehörde zu melden.“

2. An die Stelle des § 5 Abs. 3 bis 5 treten für die Zeit vom 1. August 1997 bis zum 31. Dezember 2002 folgende Bestimmungen:

„(3) Fallen in die ruhegeußfähige Gesamtdienstzeit Zeiten, in denen

1. die Wochendienstzeit des Beamten nach den §§ 50a oder 50b BDG 1979 herabgesetzt war oder

2. die Lehrverpflichtung nach der bis zum Ablauf des 30. Juni 1997 geltenden Fassung des

a) § 8 Abs. 8 des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes, BGBl. Nr. 244/1965,

b) § 44 Abs. 7 LDG 1984 oder

c) § 44 Abs. 7 LLDG 1985

ermäßigt war oder

3. die Auslastung des Richters oder Richteramtswärters nach den §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, herabgesetzt war oder

4. der Beamte eine Dienstfreistellung nach § 17 Abs. 1 BDG 1979 in Anspruch genommen und sich nicht nach § 13 Abs. 8a GG 1956 in der vom 1. August 1996 bis zum 31. Juli 1997 geltenden Fassung zur Zahlung des Pensionsbeitrages auch von den gekürzten Bezügen verpflichtet hat oder

5. die Lehrverpflichtung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 herabgesetzt war,

so ist der ruhegeußfähige Monatsbezug nach den Abs. 1 und 2 mit jenem Faktor zu vervielfachen, der sich aus Abs. 4 ergibt.

(4) Der nach Abs. 3 anzuwendende Faktor ist wie folgt zu ermitteln:

1. Zeiten nach Abs. 3 Z 1 bis 4 sind in dem Prozentausmaß zu zählen, auf das der Monatsbezug für den betreffenden Monat aus dem jeweiligen Anlaß herabgesetzt war.

2. Zeiten einer Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit geblockter Dienstleistung sind wie folgt zu zählen:

a) In Vollbeschäftigung zurückgelegte Dienstleistungszeiten nach § 213a oder § 213b BDG 1979 sind in vollem Ausmaß zu zählen.

b) Dienstleistungszeiten nach § 213a oder § 213b BDG 1979, während derer die Lehrverpflichtung nach den in Abs. 3 Z 1 oder 2 genannten Bestimmungen ermäßigt war, sind in dem Prozentausmaß zu zählen, das sich aus § 13 Abs. 10 des Gehaltsgesetzes 1956 ergibt.

c) Zeiten einer Freistellung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 sind im Ausmaß von null Prozent zu zählen.

3. Zeiten nach § 6 Abs. 1 lit. c und d sind bei der Zählung nicht zu berücksichtigen.

4. Die übrigen Monate der ruhegeußfähigen Gesamtdienstzeit sind in vollem Ausmaß zu zählen.

5. Die Summe der Monate nach den Z 1, 2 und 4 ist durch die Anzahl dieser Monate zu teilen. Die so ermittelte und auf vier Kommastellen gerundete Zahl ist der Faktor.

(5) Die Abs. 3 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn die ruhegeußfähige Gesamtdienstzeit eines Beamten unter Außerachtlassung

1. der in Abs. 3 Z 1 bis 4 angeführten Zeiten,
2. von Zeiten einer Freistellung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 und
3. von Zeiten nach § 6 Abs. 1 lit. c und d

für die Erlangung des Ruhegenusses im Ausmaß der Ruhegenußbemessungsgrundlage ausreicht.

(6) Die Abs. 3 und 4 sind auf Zeiten nach Abs. 3 Z 1 bis 3 nicht anzuwenden, die unmittelbar vor dem Zeitpunkt der Wirksamkeit eines Übertrittes in den Ruhestand oder einer Versetzung in den Ruhestand nach § 15 BDG 1979 oder nach § 87 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, liegen. Solche Zeiten zählen nur in demjenigen Ausmaß zur ruhegenußfähigen Bundesdienstzeit, das dem durchschnittlichen Beschäftigungsausmaß (Ausmaß der Lehrverpflichtung oder der Auslastung des Richters oder Richteramtswärters) im jeweiligen Monat entspricht.“

3. An die Stelle der §§ 4 und 5 treten ab dem 1. Jänner 2003 folgende Bestimmungen samt Überschriften:

„Ruhegenußermittlungsgrundlagen

§ 3a. Der Ruhegenuß wird auf der Grundlage der Ruhegenußberechnungsgrundlage, der Ruhegenußbemessungsgrundlage und der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit ermittelt.

Ruhegenußberechnungsgrundlage

§ 4. Die Ruhegenußberechnungsgrundlage ist wie folgt zu ermitteln:

1. Für jeden nach dem 31. Dezember 1979 liegenden Monat der ruhegenußfähigen Bundesdienstzeit, für den ein Pensionsbeitrag geleistet wurde (Beitragsmonat), ist die Bemessungsgrundlage für den Pensionsbeitrag (Beitragsgrundlage) nach § 22 des Gehaltsgesetzes 1956 zu ermitteln. Sonderzahlungen bleiben dabei außer Betracht.
2. Beitragsgrundlagen aus den dem Jahr der Wirksamkeit des Ausscheidens aus dem Dienststand vorangegangenen Jahren sind mit den Aufwertungsfaktoren gemäß den §§ 108 Abs. 4 und 108c des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, aufzuwerten.
3. Liegen mindestens 216 Beitragsmonate vor, so ist die Ruhegenußberechnungsgrundlage die Summe der 216 höchsten Beitragsgrundlagen nach Z 1 und 2, geteilt durch 216. Im Falle des Ausscheidens aus dem Dienststand nach dem vollendeten
 - a) 61. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „209“,
 - b) 62. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „202“,
 - c) 63. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „195“,
 - d) 64. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „188“,
 - e) 65. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „180“.
4. Liegen weniger als die nach Z 3 jeweils zu berücksichtigenden Beitragsmonate vor, so ist die Ruhegenußberechnungsgrundlage die Summe aller Beitragsgrundlagen nach Z 1 und 2, geteilt durch die Anzahl der vorhandenen Beitragsmonate.

Ruhegenußbemessungsgrundlage

§ 5. (1) 80% der Ruhegenußberechnungsgrundlage bilden die volle Ruhegenußbemessungsgrundlage.

(2) Für jeden Monat, der zwischen dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand und dem Ablauf des Monats liegt, in dem der Beamte sein 60. Lebensjahr vollenden wird, ist die volle Ruhegenußbemessungsgrundlage um 0,1667 Prozentpunkte zu kürzen. Das sich aus dieser Kürzung ergebende Prozentausmaß der Ruhegenußbemessungsgrundlage ist auf zwei Kommastellen zu runden.

(3) Im Falle einer Ruhestandsversetzung nach § 207n BDG 1979 beträgt – abweichend von Abs. 2 – das Ausmaß der Kürzung der Ruhegenußbemessungsgrundlage 0,3333 Prozentpunkte für jeden Monat, der zwischen dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand und dem Ablauf des Monats liegt, in dem der Lehrer sein 60. Lebensjahr vollenden wird.

(4) Eine Kürzung nach Abs. 2 findet nicht statt

1. im Fall des im Dienststand eingetretenen Todes des Beamten,

911 der Beilagen

33

2. wenn die Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit auf einen Dienstunfall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen ist und dem Beamten aus diesem Grund eine Versehrtenrente aus der Unfallversicherung der öffentlich Bediensteten gebührt oder
3. wenn der Beamte zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Ruhestandsversetzung dauernd erwerbsunfähig ist.

(5) Die Ruhegenußbemessungsgrundlage darf – abgesehen vom Fall der Ruhestandsversetzung nach § 207n BDG 1979 – 62% der Ruhegenußberechnungsgrundlage nicht unterschreiten.

(6) Als dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Abs. 4 Z 3 gilt ein Beamter nur dann, wenn er infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dauernd außerstande ist, einem regelmäßigen Erwerb nachzugehen.

(7) Übt ein Beamter, dessen Ruhegenuß unter Anwendung des Abs. 4 Z 3 bemessen worden ist, wieder eine Erwerbstätigkeit aus, so ist der Ruhegenuß unter Anwendung der Abs. 2 bis 5 neu zu bemessen. Der Beamte hat die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unverzüglich der Pensionsbehörde zu melden.“

4. Im § 7 Abs. 2 Z 1 wird das Zitat „§ 4 Abs. 2, 3 und 5“ durch das Zitat „§ 5“ ersetzt.

5. Im § 7 Abs. 2 Z 2 wird der Ausdruck „des ruhegenußfähigen Monatsbezuges“ durch den Ausdruck „der Ruhegenußberechnungsgrundlage“ ersetzt.

6. Im § 9 Abs. 2 erster Satz wird der Begriff „der ruhegenußfähige Monatsbezug“ durch den Ausdruck „der Monatsbezug, der der besoldungsrechtlichen Stellung des Beamten zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand entspricht,“ ersetzt.

7. § 10 Abs. 1 zweiter Satz lautet:

„Dieser beträgt

1. im Fall des § 163 Abs. 5 Z 1 BDG 1979 monatlich 90% und
2. im Fall des § 163 Abs. 5 Z 2 BDG 1979 monatlich 100%

der Ruhegenußberechnungsgrundlage nach § 4.“

8. Dem § 10 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Soweit in diesem Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, sind die für Ruhegenuße geltenden Bestimmungen – mit Ausnahme des § 12 – auf Emeritierungsbezüge anzuwenden.“

9. Dem § 12 wird für die Zeit vom 1. September 1998 bis zum 31. Dezember 1999 folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Im Falle einer Ruhestandsversetzung nach § 207n BDG 1979 beträgt – abweichend von Abs. 2 Z 1 – das Ausmaß der Kürzung der Bemessungsgrundlage der Ruhegenußzulage 0,3333 Prozentpunkte für jeden Monat.“

10. § 12 samt Überschrift wird mit Ablauf des 31. Dezember 2002 aufgehoben.

11a. Im § 15 Abs. 3 Z 2 und Abs. 5 Z 2 wird jeweils die Zahl „350“ durch die Zahl „560“ ersetzt.

11b. § 15 Abs. 3 bis 6 lautet ab 1. Jänner 2003:

„(3) Die im Abs. 1 Z 2 angeführte Berechnungsgrundlage bilden, wenn der überlebende Ehegatte am Todestag des Beamten selbst Beamter des Dienststandes oder emeritierter Universitäts(Hochschul)professor ist:

1. die Ruhegenußberechnungsgrundlage nach § 4 und
2. der 560. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den überlebenden Ehegatten bis zum Stichtag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes mit 1% des am Stichtag geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% der Ruhegenußberechnungsgrundlage.

(4) Die im Abs. 1 Z 2 angeführte Berechnungsgrundlage bilden, wenn der überlebende Ehegatte am Todestag des Beamten selbst Beamter des Ruhestandes ist:

1. die für die Bemessung des am Todestag des Beamten dem überlebenden Ehegatten gebührenden Ruhebezuges maßgebende Ruhegenußberechnungsgrundlage und

34

911 der Beilagen

2. der Betrag, der um 25% erhöhten Nebengebühreuzulage entspricht, die dem überlebenden Ehegatten am Todestag des Beamten gebührt.

(5) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Dienststandes oder eines emeritierten Universitäts(Hochschul)professors bilden:

1. die Ruhegeußberechnungsgrundlage nach § 4 und
2. der 560. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den verstorbenen Beamten bis zum Stichtag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebühreuzulagengesetzes mit 1% des am Stichtag geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% der Ruhegeußberechnungsgrundlage.

(6) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Ruhestandes bilden:

1. die für die Bemessung des dem Beamten an seinem Todestag gebührenden Ruhebezuges maßgebende Ruhegeußberechnungsgrundlage und
2. der Betrag, der um 25% erhöhten Nebengebühreuzulage entspricht, die dem verstorbenen Beamten an seinem Todestag gebührte.“

12. § 15a Abs. 1 lautet:

„(1) Das Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses ergibt sich aus einem Hundertsatz des Ruhegenusses, der dem Beamten

1. gebührte oder
2. im Falle des Todes im Dienststand gebühren würde, wenn er an seinem Todestag in den Ruhestand versetzt worden wäre.“

13. § 15b Abs. 1 Z 3 entfällt. Die bisherigen Z 4 und 5 erhalten die Ziffernbezeichnungen „3.“ und „4.“.

14. Im § 15b Abs. 1 letzter Satz entfällt der Ausdruck „ , , der Versorgungsgenueßzulage“.

15. § 18 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Waisenversorgungsgenueß beträgt für jede Halbweise 24% und für jede Vollweise 36% des Ruhegenusses, der dem Beamten

1. gebührte oder
2. im Falle des Todes im Dienststand gebühren würde, wenn er an seinem Todestag in den Ruhestand versetzt worden wäre.“

16. § 22 samt Überschrift wird aufgehoben.

16a. Nach § 25 wird folgender § 25a samt Überschrift eingefügt:

„Kinderzurechnungsbetrag

§ 25a. (1) Dem Beamten gebührt zum Ruhegeuß für Zeiten, in denen er sein Kind tatsächlich und überwiegend erzogen hat, ein Kinderzurechnungsbetrag, wenn und soweit diese Zeiten vor der Aufnahme

1. in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse zum Bund oder
2. in ein diesem unmittelbar vorangehendes Dienstverhältnis zum Bund oder zu einer anderen inländischen Gebietskörperschaft

liegen.

(2) Als eigene Kinder im Sinne des Abs. 1 gelten:

1. Kinder im Sinne des § 1 Abs. 5 und
2. Pflegekinder, wenn die Übernahme in unentgeltliche Pflege nach dem 31. Dezember 1987 erfolgt ist.

(3) Für das Ausmaß des Kinderzurechnungsbetrages werden nur Zeiten der Erziehung im Inland berücksichtigt, und zwar im Ausmaß von höchstens 48 Kalendermonaten, gezählt ab der Geburt des Kindes. Liegt die Geburt eines weiteren Kindes des Beamten, das dieser tatsächlich und überwiegend selbst erzieht, vor dem Ablauf dieses Zeitraums, so endet dieser Zeitraum mit dem der Geburt vorangehenden Tag. Endet die Erziehung des weiteren Kindes vor dem Tag, an dem der ursprüngliche Zeitraum im Falle des Unterbleibens seines vorzeitigen Endens abgelaufen wäre, sind die folgenden Kalendermonate bis zu seinem Ablauf wieder zu zählen. Einer Geburt sind die Annahme an Kindes Statt und die Übernahme eines Kindes in unentgeltliche Pflege gleichzuhalten.

911 der Beilagen

35

(4) Auf das Ausmaß des Kinderzurechnungsbetrages sind die §§ 239 und 261 Abs. 2 Z 2 ASVG anzuwenden. Der Kinderzurechnungsbetrag darf das 16fache des sich unter Anwendung der genannten Bestimmungen für jeweils zwölf Monate der Kindererziehung ergebenden Betrages nicht übersteigen.

(5) Wurden Zeiten eines Karenzurlaubes nach den §§ 15 bis 15b MSchG oder §§ 2 bis 5 und 9 EKUG gemäß § 56 Abs. 2 lit. b beitragsfrei als Vordienstzeiten angerechnet, so gebührt für Zeiten der Erziehung desjenigen Kindes, für dessen Erziehung der jeweilige Karenzurlaub in Anspruch genommen wurde, kein Kinderzurechnungsbetrag nach Abs. 1.

(6) Der Kinderzurechnungsbetrag darf die Differenz zwischen Ruhegeußbemessungsgrundlage und Ruhegeuß nicht übersteigen.

(7) Anspruch auf Kinderzurechnungsbetrag für ein und dasselbe Kind besteht in den jeweiligen Zeiträumen nur für den Beamten, der das Kind tatsächlich und überwiegend erzogen hat. § 227a Abs. 5 bis 7 ASVG ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß der Bestand eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses der Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung gleichkommt.

(8) Dem überlebenden Ehegatten des Beamten, der Anspruch auf Kinderzurechnungsbetrag gehabt hat, gebührt ein Kinderzurechnungsbetrag in Höhe des sich aus § 15a Abs. 3 ergebenden Prozentsatzes des Kinderzurechnungsbetrages, der dem verstorbenen Beamten gebührte.

(9) Halbweisen gebührt ein Kinderzurechnungsbetrag im Ausmaß von 24% und Vollwaisen ein Kinderzurechnungsbetrag im Ausmaß von 36% des Kinderzurechnungsbetrages, der dem verstorbenen Beamten gebührte.“

17. An die Stelle des § 41 Abs. 2 bis 4 treten folgende Bestimmungen:

„(2) Die nach diesem Bundesgesetz gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezüge mit Ausnahme der Zulagen gemäß § 25 und § 26 sowie zu Ruhe- oder Versorgungsgenüssen gebührende Nebengebührendenzulagen sind mit Wirkung vom 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem jeweils in Betracht kommenden Anpassungsfaktor nach Abs. 3 zu vervielfachen, wenn auf sie bereits

1. vor dem 1. Jänner des betreffenden Jahres ein Anspruch bestanden hat oder
2. sie von Ruhegenüssen abgeleitet werden, auf die vor dem 1. Jänner des betreffenden Jahres ein Anspruch bestanden hat.

(3) Der Anpassungsfaktor entspricht dem für das jeweilige Kalenderjahr gemäß § 108 Abs. 5 und § 108f ASVG festgesetzten Anpassungsfaktor.“

18. Im § 49 Abs. 2 erster Satz entfällt die Wortfolge „und die Versorgungsgenüßzulage“.

19. Im § 50 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „und der Ruhegeußzulage“.

20. Im § 50 Abs. 2 erster Satz entfällt die Wortfolge „und der Ruhegeußzulage“.

21. Im § 51 Abs. 1 erster Satz entfällt die Wortfolge „und der Versorgungsgenüßzulage“.

22. Im § 51 Abs. 2 entfällt die Wortfolge „und der Versorgungsgenüßzulage“.

23. Im § 51 Abs. 3 entfällt die Wortfolge „und der Versorgungsgenüßzulage“.

23a. § 54 Abs. 2 lit. a lautet:

„a) die Zeit, die der Beamte vor der Vollendung des 18. Lebensjahres zurückgelegt hat; dies gilt nicht für gemäß § 53 Abs. 2 lit. k und l anzurechnende Zeiten, wenn für solche Zeiten ein Überweisungsbetrag nach den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften geleistet wird;“

23b. Dem § 54 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Abs. 2 lit. a zweiter Satz gilt nur für Beamte, auf die § 62b Abs. 1 nicht anzuwenden ist.“

23c. Dem § 55 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Abs. 1 gilt nur für Beamte, auf die § 62b Abs. 1 anzuwenden ist.“

24. Dem § 58 werden folgende Abs. 24 und 25 angefügt:

„(24) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 5 Abs. 3 bis 5 in der Fassung des Art. 4 Z 2 dieses Bundesgesetzes mit 1. August 1997,

2. § 4 Abs. 4 in der Fassung des Art. 4 Z 1 dieses Bundesgesetzes, § 4 Abs. 7 und 8 in der Fassung des Art. 4 Z 1a dieses Bundesgesetzes, § 10 Abs. 3, die Überschrift zu § 62e und § 62e Abs. 7 bis 9 mit 1. Jänner 1998,
3. § 4 Abs. 6 in der Fassung des Art. 4 Z 1a dieses Bundesgesetzes, § 5 Abs. 6 in der Fassung des Art. 4 Z 2 dieses Bundesgesetzes und § 12 Abs. 7 in der Fassung des Art. 4 Z 9 dieses Bundesgesetzes mit 1. September 1998,
4. § 15 Abs. 3 und 5 in der Fassung des Art. 4 Z 11a dieses Bundesgesetzes und § 41 Abs. 2 und 3 und der Entfall des § 41 Abs. 4 mit 1. Jänner 2000,
5. die §§ 3a bis 5 samt Überschriften in der Fassung des Art. 4 Z 3 dieses Bundesgesetzes, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 1, § 15 Abs. 3 bis 6 in der Fassung des Art. 4 Z 11b dieses Bundesgesetzes, § 15a Abs. 1, § 15b Abs. 1, § 18 Abs. 1, § 25a samt Überschrift, § 49 Abs. 2, § 50 Abs. 1 und 2, § 51 Abs. 1 bis 3, § 54 Abs. 2 lit. a und Abs. 5, § 55 Abs. 3, § 62d Abs. 2 und § 62e Abs. 1 bis 6 sowie die Aufhebung des § 12 samt Überschrift, des § 15b Abs. 1 Z 3 und des § 22 samt Überschrift mit 1. Jänner 2003.

(25) Die §§ 62f bis 62h samt Überschrift treten mit 1. Jänner 2003 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft. Sie sind auf Ruhegenüsse und auf nach im Dienststand verstorbenen Beamten gebührende Versorgungsgenüsse, die in diesem Zeitraum erstmalig gebühren, über den Zeitpunkt des Außerkrafttretens hinaus weiter anzuwenden.“

25. Im § 62d Abs. 2 wird vor dem Zitat „§ 6 Abs. 2 zweiter Satz“ die Wendung „bei Ausscheiden aus dem Dienststand bis zum 30. November 2002“ eingefügt.

26. Nach § 62d werden folgende §§ 62e bis 62h eingefügt:

„Übergangsbestimmungen zur Novelle BGBl. I Nr. XXX/1997

§ 62e. (1) Auf Beamte und Hinterbliebene, die am 31. Dezember 2002 Anspruch auf einen Ruhe- oder Versorgungsbezug haben, sowie bei der Bemessung von Versorgungsbezügen nach solchen Ruhebezügen sind die §§ 4, 5, 12 und 22 in der am 31. Dezember 2002 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.

(2) Gebührt ein Witwen(Witwer)versorgungsbezug erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so ist die Zahl „560“ in § 15 Abs. 3 Z 2 und Abs. 5 Z 2 jeweils durch folgende Zahlen zu ersetzen:

Jahr	Zahl
2000	364
2001	378
2002	392
2003	406
2004	420
2005	434
2006	448
2007	462
2008	476
2009	490
2010	504
2011	518
2012	532
2013	546

(3) Gebührt ein Ruhebezug oder ein Versorgungsbezug nach einem im Dienststand verstorbenen Beamten erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so sind die Zahlen „216“ in § 4 Z 3 jeweils durch folgende Zahlen zu ersetzen:

Jahr	Zahl
2003	12
2004	24
2005	36
2006	48
2007	60

911 der Beilagen

37

2008	72
2009	84
2010	96
2011	108
2012	120
2013	132
2014	144
2015	156
2016	168
2017	180
2018	192
2019	204

(4) Gebührt ein Ruhebezug oder ein Versorgungsbezug nach einem im Dienststand verstorbenen Beamten erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so sind die jeweils letzten Zahlen in § 4 Z 3 lit. a bis e jeweils durch folgende Zahlen zu ersetzen:

Jahr	lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e
2003	11	11	10	10	10
2004	23	22	21	20	20
2005	35	33	32	31	30
2006	46	44	43	42	40
Jahr	lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e
2007	58	55	54	52	50
2008	70	67	65	63	60
2009	81	78	75	73	70
2010	93	89	86	84	80
2011	105	101	97	94	90
2012	116	112	108	105	100
2013	128	124	119	115	110
2014	140	135	130	125	120
2015	152	146	140	136	130
2016	163	157	151	146	140
2017	174	169	162	157	150
2018	186	180	173	168	160
2019	197	191	184	178	170

(5) Der Beitrag gemäß § 13a beträgt für Ruhegenüsse und für Versorgungsgenüsse nach im Dienststand verstorbenen Beamten,

1. die erstmals ab dem 1. Jänner 2003 gebühren, 1,4%,
2. die erstmals ab dem 1. Jänner 2004 gebühren, 1,3%,
3. die erstmals ab dem 1. Jänner 2005 gebühren, 1,2%,
4. die erstmals ab dem 1. Jänner 2006 gebühren, 1,1%,
5. die erstmals ab dem 1. Jänner 2007 gebühren, 1%,
6. die erstmals ab dem 1. Jänner 2008 gebühren, 0,9%,
7. die erstmals ab dem 1. Jänner 2009 gebühren, 0,8%,
8. die erstmals ab dem 1. Jänner 2010 gebühren, 0,7%,
9. die erstmals ab dem 1. Jänner 2011 gebühren, 0,6%,
10. die erstmals ab dem 1. Jänner 2012 gebühren, 0,5%,
11. die erstmals ab dem 1. Jänner 2013 gebühren, 0,4%,
12. die erstmals ab dem 1. Jänner 2014 gebühren, 0,3%,
13. die erstmals ab dem 1. Jänner 2015 gebühren, 0,2%,
14. die erstmals ab dem 1. Jänner 2016 gebühren, 0,1%.

(6) Von Ruhegenüssen und Versorgungsgenüssen nach im Dienststand verstorbenen Beamten, die erstmals ab dem 1. Jänner 2017 gebühren, ist kein Beitrag nach § 13a zu entrichten. Die in Abs. 5 Z 1 bis 14 genannten Beitragssätze gelten jeweils für die gesamte Bemessungsgrundlage gemäß § 13a Abs. 2 sowie für Versorgungsgenüsse nach solchen Ruhegenüssen.

(7) Beamten des Exekutivdienstes und Wachebeamten, die nach dem 30. April 1996 aus dem Dienststand ausgeschieden sind und bei denen bei der Ermittlung des Ruhegenusses § 4 Abs. 3 angewendet worden ist, sowie deren Hinterbliebenen ist auf Antrag des Beamten oder seiner Hinterbliebenen ihr Ruhe(Versorgungs)genuß, die Ruhe(Versorgungs)genußzulage und die Nebengebührenzulage unter Anwendung des § 83a Abs. 1 bis 3 oder des § 145a des Gehaltsgesetzes 1956 neu zu bemessen.

(8) Die im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand für Feststellungen und Verfügungen in Angelegenheiten der Geldbezüge jeweils zuständige Dienstbehörde erster Instanz hat in den Fällen des Abs. 7 die tatsächlich im Exekutivdienst zurückgelegte Dienstzeit im Sinne des § 83a Abs. 1 bis 3 des Gehaltsgesetzes 1956 mit Bescheid festzustellen.

(9) Ist gemäß Abs. 7 ein Ruhe(Versorgungs)bezug neu zu bemessen, so kann auch die Jubiläumszuwendung bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 83a Abs. 2 oder des § 145a des Gehaltsgesetzes 1956 gewährt werden.

Erhöhung des Ruhegenusses

§ 62f. Anlässlich der Bemessung des Ruhegenusses sind ein Vergleichsruhegenuß und eine Vergleichsruhegenußzulage gemäß § 62g zu berechnen. Soweit § 62g nichts anderes vorsieht, sind dabei die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes anzuwenden.

§ 62g. (1) Der Vergleichsruhegenuß wird auf der Grundlage des ruhegenußfähigen Monatsbezuges und der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit ermittelt.

(2) 80% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges bilden die volle Ruhegenußbemessungsgrundlage.

(3) Der ruhegenußfähige Monatsbezug besteht aus

1. dem Gehalt und
2. den als ruhegenußfähig erklärten Zulagen,

die der besoldungsrechtlichen Stellung entsprechen, die der Beamte im Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Dienststand erreicht hat.

(4) Ist zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand der

1. für die Vorrückung in die nächsthöhere Gehaltsstufe,
2. für die Zeitvorrückung in die nächsthöhere Dienstklasse,
3. für das Erreichen der Dienstalterszulage oder der erhöhten Dienstalterszulage,
4. für die Vorrückung in die nächsthöhere Zulagenstufe (§ 60a Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956),
5. für die außerordentliche Vorrückung (§ 104 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956) oder
6. für die Vorrückung in die Dienstzulagenstufe 2 (§ 140 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956)

erforderliche Zeitraum bereits zur Gänze verstrichen, so ist der Monatsbezug des Beamten mit Ausnahme der Funktionszulage und des Fixgehalmes so zu behandeln, als ob die Vorrückung, Zeitvorrückung oder außerordentliche Vorrückung im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand bereits eingetreten wäre oder der Beamte in diesem Zeitpunkt bereits Anspruch auf die Dienstalterszulage oder erhöhte Dienstalterszulage gehabt hätte. Die §§ 8 und 10 des Gehaltsgesetzes 1956 sind auf diesen Zeitraum anzuwenden.

(5) Fallen in die ruhegenußfähige Gesamtdienstzeit Zeiten, in denen

1. die Wochendienstzeit des Beamten nach den §§ 50a oder 50b BDG 1979 herabgesetzt war oder
2. die Lehrverpflichtung nach der bis zum Ablauf des 30. Juni 1997 geltenden Fassung des
 - a) § 8 Abs. 8 des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes, BGBl. Nr. 244/1965,
 - b) § 44 Abs. 7 LDG 1984 oder
 - c) § 44 Abs. 7 LLDG 1985
 ermäßigt war oder

3. die Auslastung des Richters oder Richteramtswärters nach den §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, herabgesetzt war oder

4. der Beamte eine Dienstfreistellung nach § 17 Abs. 1 BDG 1979 in Anspruch genommen und sich nicht nach § 13 Abs. 8a des Gehaltsgesetzes 1956 in der vom 1. August 1996 bis zum 31. Juli 1997 geltenden Fassung zur Zahlung des Pensionsbeitrages auch von den gekürzten Bezügen verpflichtet hat oder

5. die Lehrverpflichtung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 herabgesetzt war,

so ist der ruhegenußfähige Monatsbezug nach den Abs. 1 und 2 mit jenem Faktor zu vervielfachen, der sich aus Abs. 6 ergibt.

(6) Der nach Abs. 5 anzuwendende Faktor ist wie folgt zu ermitteln:

911 der Beilagen

39

1. Zeiten nach Abs. 5 Z 1 bis 4 sind in dem Prozentausmaß zu zählen, auf das der Monatsbezug für den betreffenden Monat aus dem jeweiligen Anlaß herabgesetzt war.
2. Zeiten einer Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit geblockter Dienstleistung sind wie folgt zu zählen:
 - a) In Vollbeschäftigung zurückgelegte Dienstleistungszeiten nach § 213a oder § 213b BDG 1979 sind in vollem Ausmaß zu zählen.
 - b) Dienstleistungszeiten nach § 213a oder § 213b BDG 1979, während derer die Lehrverpflichtung nach den in Abs. 3 Z 1 oder 2 genannten Bestimmungen ermäßigt war, sind in dem Prozentausmaß zu zählen, das sich aus § 13 Abs. 10 des Gehaltsgesetzes 1956 ergibt.
 - c) Zeiten einer Freistellung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 sind im Ausmaß von null Prozent zu zählen.
3. Zeiten nach § 6 Abs. 1 lit. c und d sind bei der Zählung nicht zu berücksichtigen.
4. Die übrigen Monate der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit sind in vollem Ausmaß zu zählen.
5. Die Summe der Monate nach den Z 1, 2 und 4 ist durch die Anzahl dieser Monate zu teilen. Die so ermittelte und auf vier Kommastellen gerundete Zahl ist der Faktor.

(7) Die Abs. 5 und 6 sind nicht anzuwenden, wenn die ruhegenußfähige Gesamtdienstzeit eines Beamten unter Außerachtlassung

1. der in Abs. 5 Z 1 bis 4 angeführten Zeiten,
2. von Zeiten einer Freistellung nach § 213a oder § 213b BDG 1979 und
3. von Zeiten nach § 6 Abs. 1 lit. c und d

für die Erlangung des Vergleichsruhegenusses im Ausmaß der Ruhegenußbemessungsgrundlage ausreicht.

(8) Die Abs. 5 und 6 sind auf Zeiten nach Abs. 5 Z 1 bis 3 nicht anzuwenden, die unmittelbar vor dem Zeitpunkt der Wirksamkeit eines Übertrittes in den Ruhestand oder einer Versetzung in den Ruhestand nach § 15 BDG 1979 oder nach § 87 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, liegen. Solche Zeiten zählen nur in demjenigen Ausmaß zur ruhegenußfähigen Bundesdienstzeit, das dem durchschnittlichen Beschäftigungsausmaß (Ausmaß der Lehrverpflichtung oder der Auslastung des Richters oder Richteramtswärters) im jeweiligen Monat entspricht.

(9) Der Vergleichsruhegenuß darf

1. die Ruhegenußbemessungsgrundlage nach Abs. 2 und nach § 5 Abs. 2 bis 5 nicht übersteigen und
2. 40% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges nicht unterschreiten.

(10) Der Emeritierungsbezug beträgt

1. im Fall des § 163 Abs. 5 Z 2 BDG 1979 monatlich 100%,
2. im Fall des § 163 Abs. 5 Z 1 BDG 1979 monatlich 90%

des Gehaltes und der ruhegenußfähigen Zulagen, die der besoldungsrechtlichen Stellung entsprechen, die der emeritierte Universitäts(Hochschul)professor im Zeitpunkt der Emeritierung erreicht hat.

(11) Hat der Beamte Anspruch auf Exekutivdienstzulage, Omnibuslenkerzulage, Erzieherzulage, Wachdienstzulage oder Truppendienstzulage – im folgenden kurz „Aktivzulage“ genannt – gehabt, so ist eine Zulage zum Vergleichsruhegenuß (Vergleichsruhegenußzulage) zu berechnen.

(12) Die Bemessungsgrundlage der Vergleichsruhegenußzulage bilden 80% der Aktivzulage, die der besoldungsrechtlichen Stellung entspricht, die der Beamte im Zeitpunkt des letzten rechtmäßigen Bezuges der Aktivzulage erreicht hat. Hat die Erzieherzulage in diesem Zeitpunkt nur im halben Ausmaß gebührt, so bilden 80% der halben in Betracht kommenden Erzieherzulage die Bemessungsgrundlage. § 5 Abs. 2 bis 5 ist auf die Bemessungsgrundlage der Vergleichsruhegenußzulage mit den Maßgaben anzuwenden, daß

1. die Kürzung der Bemessungsgrundlage für jeden Monat 0,2083 Prozentpunkte beträgt und
2. die Bemessungsgrundlage der Vergleichsruhegenußzulage 57,5% der Aktivzulage nicht unterschreiten darf.

(13) Die Vergleichsruhegenußzulage beträgt

1. für jedes der ersten zehn Dienstjahre, in dem Anspruch auf Aktivzulage bestanden hat, 5%,
2. für jedes weitere Dienstjahr, in dem Anspruch auf Aktivzulage bestanden hat, 2,5% und
3. für jeden weiteren Dienstmonat, in dem Anspruch auf Aktivzulage bestanden hat, 0,208%

der Bemessungsgrundlage; das sich daraus ergebende Prozentausmaß ist auf zwei Kommastellen zu runden. Die Zeit, in der die Wochendienstzeit des Beamten oder die Lehrverpflichtung des Lehrers nach den §§ 50a oder 50b BDG 1979 oder nach § 8 Abs. 8 des Bundeslehrer-

Lehrverpflichtungsgesetzes, BGBl. Nr. 244/1965, herabgesetzt gewesen ist, ist hiebei in jenem Ausmaß zu berücksichtigen, auf das der Monatsbezug für den betreffenden Monat aus dem jeweiligen Anlaß herabgesetzt war.

(14) Die Vergleichsruhegenußzulage darf die Bemessungsgrundlage nicht übersteigen.

(15) § 6 Abs. 3 gilt sinngemäß.

(16) Der nach § 11 des Beamten-Überleitungsgesetzes, StGBI. Nr. 134/1945, für die Bemessung des Ruhegenusses angerechnete Zeitraum ist der zulagenfähigen Dienstzeit zuzuzählen, wenn der Beamte unmittelbar vor diesem Zeitraum und unmittelbar nach seiner Übernahme in den österreichischen Personalstand Anspruch auf Aktivzulage gehabt hat.

(17) Bei der Ermittlung der Vergleichsruhegenußzulage ist das Gehaltsgesetz 1956 mit der Maßgabe anzuwenden, daß Aktivzulagen nicht ruhegenußfähig sind.

§ 62h. (1) Ist der Ruhegenuß höher als die Summe aus Vergleichsruhegenuß und Vergleichsruhegenußzulage (Vergleichspension), gebührt keine Erhöhung des Ruhegenusses nach den Abs. 3 oder 4.

(2) Ist die Vergleichspension höher als der Ruhegenuß, ist die in den Abs. 3 oder 4 vorgesehene Vergleichsberechnung durchzuführen. Ergibt diese Vergleichsberechnung einen Erhöhungsbetrag, ist der Ruhegenuß um diesen Erhöhungsbetrag zu erhöhen.

(3) Übersteigt die Vergleichspension den Betrag von 28 000 S, so ist der Ruhegenusses wie folgt zu berechnen:

1. Zunächst ist der Ruhegenuß von der Vergleichspension abzuziehen. Der sich daraus ergebende Betrag ist in einem auf drei Kommastellen gerundeten Prozentsatz der Vergleichspension auszudrücken.
2. Derjenige Teil der Vergleichspension, der über dem Betrag von 28 000 S liegt, ist mit dem sich aus Z 1 ergebenden Prozentsatz zu multiplizieren.
3. Zu dem sich aus Z 2 ergebenden Betrag ist ein Betrag zu addieren, der 7% von 28 000 entspricht.
4. Ist der sich aus Z 1 ergebende Betrag höher als der sich aus Z 3 ergebende Betrag, so entspricht der Erhöhungsbetrag der Differenz zwischen den sich aus Z 1 und aus Z 3 ergebenden Beträgen. Andernfalls gebührt kein Erhöhungsbetrag.

(4) Übersteigt die Vergleichspension den Betrag von 28 000 S nicht, so ist der Ruhegenuß wie folgt zu berechnen:

1. Von der Vergleichspension ist zunächst der Betrag von 7 000 S abzuziehen und das Resultat durch die Zahl 300 000 zu dividieren.
2. Das Ergebnis dieser Division ist auf drei Stellen zu runden und von der Zahl 1 abzuziehen.
3. Ist der Ruhegenuß niedriger als das Produkt der Vergleichspension mit der sich aus Z 2 ergebenden Zahl, so entspricht der Erhöhungsbetrag dieser Differenz. Andernfalls gebührt kein Erhöhungsbetrag.

(5) Die Bundesregierung hat zur Vermeidung unverhältnismäßiger Härten jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr einen Anpassungsfaktor zu ermitteln und kundzumachen, um den die Beträge für die Grenzen gemäß Abs. 3 und 4 anzupassen sind. Die Höhe des Anpassungsfaktors hat sich am Anpassungsfaktor gemäß § 108f ASVG zu orientieren. Der Bundesminister für Finanzen hat den Vorschlag für die Anpassung jedes Jahr bis spätestens 15. November in der Bundesregierung einzubringen. Die Verordnung über die Anpassung ist erstmals im Jahr 2003 zu erlassen.“

Artikel 5

Änderung des Nebengebühreuzulagengesetzes

Das Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1997, wird wie folgt geändert:

1. Im § 5 Abs. 2 wird der Ausdruck „den 437,5ten Teil“ durch den Ausdruck „ein Siebenhundertstel“ ersetzt.

2. Im § 5 Abs. 2 wird das Zitat „§ 4 Abs. 3 des Pensionsgesetzes 1965“

a) für die Zeit vom 1. September 1998 bis zum 31. Dezember 2002 durch das Zitat „§ 4 Abs. 3 und 6 des Pensionsgesetzes 1965“ und

b) für die Zeit ab 1. Jänner 2003 durch das Zitat „§ 5 Abs. 2 und 3 des Pensionsgesetzes 1965“

ersetzt.

3a. § 5 Abs. 3 wird aufgehoben.

3b. An die Stelle des § 5 Abs. 4 tritt folgende Bestimmung:

„(3) Die Nebengebührendzulage zum Ruhegenuß darf 20% der höchsten aufgewerteten Beitragsgrundlage (§ 4 des Pensionsgesetzes 1965) nicht übersteigen.“

4. § 5a lautet:

„§ 5a. § 13a und § 62e Abs. 5 und 6 des Pensionsgesetzes 1965 sind auf die Nebengebührendzulage anzuwenden.“

5. § 7 Abs. 2 wird aufgehoben. Im bisherigen Abs. 1 entfällt die Absatzbezeichnung.

6. § 8 Abs. 1 letzter Satz lautet:

„§ 5 Abs. 3 ist anzuwenden.“

7. Im § 8 entfällt:

a) der Klammersausdruck „(zuzüglich einer allfälligen Ruhegenußzulage)“ im Abs. 1,

b) der Klammersausdruck „(zuzüglich einer allfälligen Versorgungsgenußzulage)“ im Abs. 2 und

c) der Klammersausdruck „(zuzüglich einer allfälligen Versorgungsgenußzulage)“ im Abs. 3.

8. Die §§ 16a bis 16d samt Überschriften werden aufgehoben.

9. § 17 Abs. 8 lautet:

„(8) § 9 ist anzuwenden.“

10. Im § 18a Abs. 2 entfällt die Wortfolge „im § 16b Abs. 3 Z 1 und 2 und“.

11. Nach § 18d wird folgender § 18e samt Überschrift eingefügt:

„Übergangsbestimmung zur Novelle BGBl. I Nr. XXX/1997

§ 18e. (1) Bei der Ermittlung der Nebengebührendzulage ist § 5 Abs. 2 auf Nebengebührendwerte, denen Geldleistungen zugrunde liegen, auf die der Anspruch vor dem 1. Jänner 2000 entstanden ist, mit der Abweichung anzuwenden, daß statt eines Siebenhundertstels der 437,5te Teil des Betrages heranzuziehen ist, der sich aus der Multiplikation der Summe dieser Nebengebührendwerte mit 1% des im Zeitpunkt des Entstehens des Anspruches auf die Nebengebührendzulage geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt.

(2) Gebührt ein Ruhebezug oder ein Versorgungsbezug nach einem im Dienststand verstorbenen Beamten erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so ist der Divisor „700“ in § 5 Abs. 2 jeweils durch folgenden Divisor zu ersetzen:

Jahr	Divisor
2000	455
2001	472,5
2002	490
2003	507,5
2004	525
2005	542,5
2006	560
2007	577,5
2008	595
2009	612,5
2010	630
2011	647,5
2012	665
2013	682,5“

12. Dem § 19 wird folgender Abs. 14 angefügt:

„(14) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

- § 5 Abs. 2 in der Fassung des Art. 5 Z 2 lit. a des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997, mit 1. September 1998,

2. § 5 Abs. 2 in der Fassung des Art. 5 Z 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997, § 7, § 17 Abs. 8 und § 18e samt Überschrift und die Aufhebung des § 5 Abs. 3 durch Art. 5 Z 3a dieses Bundesgesetzes mit 1. Jänner 2000,
3. § 5 Abs. 2 in der Fassung des Art. 5 Z 2 lit. b des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997, § 5 Abs. 3 in der Fassung des Art. 5 Z 3b dieses Bundesgesetzes, § 5a, § 8, § 18a Abs. 2 und die Aufhebung des § 5 Abs. 4 und der §§ 16a bis 16d samt Überschriften mit 1. Jänner 2003.“

Artikel 6

Änderung des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes

Das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1997, wird wie folgt geändert:

1. § 4 lautet:

„§ 4. (1) Die §§ 2 und 3 sind auf Lehrer an

1. nicht ganzjährig geführten Schulen und Klassen sowie
2. lehrgangs-, kurs- oder seminarmäßig geführten Schulen und Klassen,

mit monatlich unterschiedlichem Beschäftigungsausmaß der Lehrer mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Gesamtzahl der Jahresstunden jener eines vergleichbaren Lehrers an den von Z 1 und Z 2 nicht erfaßten Schulen und Klassen entspricht. Als nicht ganzjährig geführte Schulen und Klassen gelten insbesondere Schulen und Klassen, deren Unterrichtsjahr auf Grund schulzeitrechtlicher Vorschriften verkürzt wird, sowie Klassen, bei denen wegen einer abschließenden Prüfung (zB Reifeprüfung, Reife- und Diplomprüfung oder Abschlußprüfung) für Schüler das Unterrichtsjahr gemäß § 2 Abs. 2 Z 1 lit. c des Schulzeitgesetzes 1985, BGBl. Nr. 77, mit dem Tag vor dem Beginn der Klausurprüfung endet.

(2) Liegt die regelmäßige wöchentliche Lehrverpflichtung des Lehrers mit allfälligen Einrechnungen nach den §§ 9, 10 und 12 um höchstens 0,5 Werteinheiten unter 20 Werteinheiten, so ist er in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht wie ein vollbeschäftigter Lehrer zu behandeln. Dieser Lehrer ist vorrangig zu Supplierungen heranzuziehen. Das Ausmaß der Unterschreitung ist durch Überschreitung der regelmäßigen wöchentlichen Lehrverpflichtung innerhalb des laufenden Schuljahres im Verhältnis 1:1 auszugleichen. In diesem Fall ist jener Teil der Überschreitung, der diesem Ausgleich dient, für andere dienstrechtliche und für besoldungsrechtliche Ansprüche nicht zu berücksichtigen.“

2. Nach § 9 Abs. 3 wird folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Zusätzlich zu den in Abs. 2 und 2a sowie auf Grund einer Verordnung gemäß Abs. 3 an einer Schule zustehenden Einrechnung kann der Schulleiter für besondere Nebenleistungen an mittleren und höheren Schulen

1. mit mindestens 11 Klassen eine Einrechnung von einer Wochenstunde,
2. mit mindestens 20 Klassen eine Einrechnung von zwei Wochenstunden,
3. mit mindestens 30 Klassen eine Einrechnung von drei Wochenstunden,
4. mit mindestens 40 Klassen eine Einrechnung von vier Wochenstunden

der Lehrverpflichtungsgruppe II je Schule in die Lehrverpflichtung eines Lehrers oder mehrerer Lehrer geben. Ferner kann der Schulleiter unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Belastung der Lehrer durch die Nebenleistungen eine andere Verteilung der für die betreffende Schule nach den vorstehenden Bestimmungen vorgesehenen Einrechnungen vornehmen. Der Schulleiter hat hiebei im Einvernehmen mit dem Dienststellenausschuß vorzugehen.“

3. Dem § 15 wird folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) § 4 und § 9 Abs. 3a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten mit 1. September 1998 in Kraft. § 4 Abs. 2 und die Absatzbezeichnung des § 4 Abs. 1 treten mit Ablauf des 31. August 2003 außer Kraft.“

Artikel 7

Änderung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984

Das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 64/1997, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a. (1) Der Landeslehrer ist auf seinen schriftlichen Antrag, aus dem Dienststand ausscheiden zu wollen, frühestens mit Ablauf des 31. August des Schuljahres, in dem er das 55. Lebensjahr vollendet, in den Ruhestand zu versetzen, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

Der Antrag ist spätestens sechs Monate vor dem beabsichtigten Wirksamkeitstermin abzugeben.

(2) Die Versetzung in den Ruhestand wird mit Ablauf des 31. August jenes Schuljahres wirksam, das der Landeslehrer bestimmt.

(3) Während einer (vorläufigen) Suspendierung gemäß § 80 kann eine Versetzung in den Ruhestand nach Abs. 1 nicht wirksam werden. In diesem Fall wird die Versetzung in den Ruhestand frühestens mit Ablauf des Monats wirksam, in dem die (vorläufige) Suspendierung geendet hat.

(4) Der Antrag auf Versetzung in den Ruhestand nach Abs. 1 kann vom Landeslehrer spätestens drei Monate vor dem vorgesehenen Wirksamkeitstermin zurückgezogen werden. In diesem Fall hat die landesgesetzlich hiezu berufene Behörde einen allenfalls bereits erlassenen Bescheid über die Versetzung in den Ruhestand aufzuheben.“

2. Dem § 43 werden folgende Abs. 7 und 8 angefügt:

„(7) Die den Lehrern an einer Schule zukommenden Verminderungen der Lehrverpflichtung für Verwaltungstätigkeiten (wie Betreuung von Lehrmittelsammlungen, der Bücherei usw.) können von dem landesgesetzlich zuständigen Organ unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Belastung der Lehrer durch diese Nebenleistungen anders verteilt werden.

(8) Die besonderen Bestimmungen für die Lehrverpflichtung der Schulleiter gelten nur für ernannte Leiter und für gemäß § 27 Abs. 2 mit der Leitung betraute Landeslehrer. Die besonderen Bestimmungen für die Lehrverpflichtung der Direktor-Stellvertreter an Berufsschulen gelten nur für bestellte Direktor-Stellvertreter und für gemäß § 27 Abs. 2 und 4 mit der Vertretung des Schulleiters oder des Direktor-Stellvertreters betraute Landeslehrer. Diese besonderen Bestimmungen gelten jeweils ab der Wirksamkeit der Ernennung oder der Betrauung.“

3. § 45 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Leitung einer mehrtägigen Schulveranstaltung mit einer mindestens viertägigen Dauer und Nächtigung ist dem Unterricht von einer Wochenstunde der Lehrverpflichtung von 23 Wochenstunden für den Monat, in dem die jeweilige Schulveranstaltung endet, gleichzuhalten.“

4. § 52 Abs. 3 vorletzter Satz lautet:

„Bei Lehrern, bei denen aus Gründen der Schulorganisation ein unterschiedliches Beschäftigungsausmaß während des Unterrichtsjahres erforderlich ist, sind die Z 1 bis 3 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Gesamtzahl der Verminderung der Lehrverpflichtung in einem Schuljahr jener eines im Rahmen der vollen Lehrverpflichtung während des gesamten Unterrichtsjahres beschäftigten vergleichbaren Lehrers entspricht.“

5. § 52 Abs. 5 lautet:

„(5) Die Lehrer an Berufsschulen sind nach Möglichkeit gleichmäßig während des gesamten Unterrichtsjahres zu beschäftigen. Ist ein unterschiedliches Beschäftigungsausmaß während eines Unterrichtsjahres aus Gründen der Schulorganisation erforderlich, sind die Abs. 1 bis 4d mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Gesamtzahl der Jahresstunden jener eines im Rahmen der vollen Lehrverpflichtung während des gesamten Unterrichtsjahres beschäftigten vergleichbaren Lehrers entspricht.“

6. Dem § 58 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Dem Antrag eines Landeslehrers auf Gewährung eines Karenzurlaubes ist stattzugeben, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. ein zwingender dienstlicher Grund nicht entgegensteht und
3. sich der Antrag auf die Dauer eines Schuljahres oder mehrerer aufeinanderfolgender Schuljahre bezieht und spätestens sechs Monate vor dem gewollten Wirksamkeitsbeginn gestellt worden ist.“

7. Nach § 58c werden folgende §§ 58d bis 58f samt Überschrift eingefügt:

„Teilbeschäftigung mit geblockter Dienstleistung

§ 58d. (1) Dem Landeslehrer, der zumindest zehn Jahre ununterbrochen im Dienst einer inländischen Gebietskörperschaft gestanden ist, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von drei, vier oder fünf Schuljahren in der Dauer eines Schuljahres gewährt werden. Während der übrigen Rahmenzeit (Dienstleistungszeit) hat der Landeslehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf im Fall der drei- oder vierjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer einjährigen und im Fall der fünfjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer zweijährigen Dienstleistungszeit angetreten werden.

§ 58e. (1) Dem Landeslehrer, der das 50. Lebensjahr vollendet hat, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von höchstens zehn Schuljahren in der Dauer von höchstens fünf Schuljahren gewährt werden, wobei die Dienstleistungszeit mindestens die Hälfte der Rahmenzeit betragen muß. Während der Dienstleistungszeit hat der Landeslehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf erst nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit angetreten werden und endet frühestens mit Ablauf des Monats, in dem der Landeslehrer das 60. Lebensjahr vollendet.

§ 58f. (1) Der Antrag auf Gewährung einer Freistellung nach § 58d oder § 58e hat Angaben über Beginn und Dauer der Rahmenzeit sowie über Beginn und Dauer der Freistellung zu enthalten.

(2) Die Freistellung ist ungeteilt zu verbrauchen. Der Landeslehrer darf während ihrer Dauer nicht zur Dienstleistung herangezogen werden.

(3) Der Ablauf der Rahmenzeit wird gehemmt durch

1. den Antritt eines Karenzurlaubes oder
2. den Antritt des Zivil- oder Präsenzdienstes oder
3. eine Suspendierung oder
4. eine unentschuldigte Abwesenheit vom Dienst oder
5. ein Beschäftigungsverbot nach dem MSchG,

wenn die Abwesenheit vom Dienst nach Z 1 bis 5 die Dauer eines Monats überschreitet. Während der Dauer einer solchen Hemmung darf die Freistellung nicht angetreten werden. Die kalendermäßige Lagerung der Freistellung nach Ablauf des Hemmungszeitraumes ist neu festzusetzen, falls dies erforderlich ist.

(4) Die Dienstbehörde kann auf Antrag des Landeslehrers die Gewährung der Freistellung widerrufen oder ihre vorzeitige Beendigung verfügen, wenn kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht. Eine Freistellung nach § 58e kann nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit nicht mehr widerrufen werden.

(5) Während einer Freistellung nach § 58e ist § 13 nicht anzuwenden.

(6) Das Ausmaß der Lehrverpflichtung muß im über die gesamte Rahmenzeit gemessenen Durchschnitt mindestens die Hälfte der vollen Lehrverpflichtung betragen.“

8. Im § 106 Abs. 2 werden in Z 5 das Wort „und“ durch einen Beistrich ersetzt, in Z 6 der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z 7 bis 9 angefügt:

„7. Landeslehrern,

- a) die in ihrer Funktion als Direktor-Stellvertreter an Berufsschulen die Schulleiter vertreten, ohne mit der Leitung der Schule betraut worden zu sein (§ 27 Abs. 2), oder
- b) die Schulleiter vertreten, ohne Direktor-Stellvertreter zu sein oder mit der Leitungsfunktion betraut worden zu sein (§ 27 Abs. 2),

für jeden Tag der Vertretung eine Vergütung in der Höhe von einem Dreißigstel der sich nach den Bestimmungen des § 57 des Gehaltsgesetzes 1956 richtenden Dienstzulage gebührt,

911 der Beilagen

45

8. Landeslehrern, die an Berufsschulen Direktor-Stellvertreter vertreten, ohne mit einer solchen Funktion betraut worden zu sein (§ 27 Abs. 2), für jeden Tag der Vertretung eine Vergütung in der Höhe von einem Dreißigstel der sich nach den Bestimmungen des § 58 des Gehaltsgesetzes 1956 richtenden Dienstzulage gebührt,
9. Landeslehrern der Verwendungsgruppen L 2a 2, L 2b 3 und L 2b 2 die Dienstzulage nach § 57 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 anstelle in der im § 57 Abs. 2 lit. c des Gehaltsgesetzes 1956 angeführten Höhe in der nachstehend angeführten Höhe gebührt:

in der Dienstzulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	5 787	6 185	6 565
II	5 391	5 768	6 118
III	4 436	4 750	5 036
IV	3 951	4 226	4 493
V	2 656	2 836	3 011
VI	2 215	2 365	2 511“

9. Dem § 106 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Abs. 2 Z 9 ist auf Landeslehrer, die vor dem 1. September 1998 aus dem Dienststand ausgeschieden sind, nicht anzuwenden.“

10. Im § 115 Abs. 4 wird der Klammersausdruck „(§ 4 Abs. 2 des Pensionsgesetzes 1965)“ durch den Klammersausdruck „(§ 5 Abs. 1 des Pensionsgesetzes 1965)“ ersetzt.

11. Dem § 123 wird folgender Abs. 26 angefügt:

„(26) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 13a, § 58 Abs. 5 und die §§ 58d bis 58f samt Überschrift mit 1. Jänner 1998,
2. § 43 Abs. 7 und 8, § 45 Abs. 2, § 52 Abs. 3 und 5 und § 106 Abs. 2 und 3 mit 1. September 1998,
3. § 115 Abs. 4 mit 1. Jänner 2003.

§ 58 Abs. 5 und die §§ 58d bis 58f samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten mit Ablauf des 31. August 2003, § 13a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft. § 13a ist ausschließlich auf Landeslehrer anzuwenden, die vor dem 1. Jänner 1954 geboren worden sind.“

Artikel 8

Änderung des Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1985

Das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, BGBl. Nr. 296, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 64/1997, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a. (1) Der Lehrer ist auf seinen schriftlichen Antrag, aus dem Dienststand ausscheiden zu wollen, frühestens mit Ablauf des 31. August des Schuljahres, in dem er das 55. Lebensjahr vollendet, in den Ruhestand zu versetzen, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

Der Antrag ist spätestens sechs Monate vor dem beabsichtigten Wirksamkeitstermin abzugeben.

(2) Die Versetzung in den Ruhestand wird mit Ablauf des 31. August jenes Schuljahres wirksam, das der Lehrer bestimmt.

(3) Während einer (vorläufigen) Suspendierung gemäß § 88 kann eine Versetzung in den Ruhestand nach Abs. 1 nicht wirksam werden. In diesem Fall wird die Versetzung in den Ruhestand frühestens mit Ablauf des Monats wirksam, in dem die (vorläufige) Suspendierung geendet hat.

(4) Der Antrag auf Versetzung in den Ruhestand nach Abs. 1 kann vom Lehrer spätestens drei Monate vor dem vorgesehenen Wirksamkeitstermin zurückgezogen werden. In diesem Fall hat die landesgesetzlich hiezu berufene Behörde einen allenfalls bereits erlassenen Bescheid über die Versetzung in den Ruhestand aufzuheben.“

46

911 der Beilagen

2. Dem § 43 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die besonderen Bestimmungen für die Lehrverpflichtung der Schulleiter gelten nur für ernannte Leiter und für gemäß § 27 Abs. 2 mit der Leitung betraute Lehrer. Diese besonderen Bestimmungen gelten jeweils ab der Wirksamkeit der Ernennung oder der Betrauung.“

3. § 51 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Leitung einer mehrtägigen Schulveranstaltung mit einer mindestens viertägigen Dauer und Nächtigung ist mit 0,875 Werteinheiten für den Monat, in dem die jeweilige Schulveranstaltung endet, gleichzuhalten.“

4. Dem § 65 wird folgender Abs. 5 angefügt:

- „(5) Dem Antrag eines Lehrers auf Gewährung eines Karenzurlaubes ist stattzugeben, wenn
1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
 2. ein zwingender dienstlicher Grund nicht entgegensteht und
 3. sich der Antrag auf die Dauer eines Schuljahres oder mehrerer aufeinanderfolgender Schuljahre bezieht und spätestens sechs Monate vor dem gewollten Wirksamkeitsbeginn gestellt worden ist.“

5. Nach § 65c werden folgende §§ 65d bis 65f samt Überschrift eingefügt:

„Teilbeschäftigung mit geblockter Dienstleistung

§ 65d. (1) Dem Lehrer, der zumindest zehn Jahre ununterbrochen im Dienst einer inländischen Gebietskörperschaft gestanden ist, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von drei, vier oder fünf Schuljahren in der Dauer eines Schuljahres gewährt werden. Während der übrigen Rahmenzeit (Dienstleistungszeit) hat der Lehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf im Fall der drei- oder vierjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer einjährigen und im Fall der fünfjährigen Rahmenzeit erst nach Zurücklegung einer zweijährigen Dienstleistungszeit angetreten werden.

§ 65e. (1) Dem Lehrer, der das 50. Lebensjahr vollendet hat, kann auf Antrag eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung mit Freistellung gewährt werden, wenn

1. wegen der Arbeitsmarktsituation ein öffentliches Interesse gegeben ist, verstärkt Bewerber im Schuldienst zu beschäftigen, und
2. kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

(2) Die Freistellung nach Abs. 1 kann in einer Rahmenzeit von höchstens zehn Schuljahren in der Dauer von höchstens fünf Schuljahren gewährt werden, wobei die Dienstleistungszeit mindestens die Hälfte der Rahmenzeit betragen muß. Während der Dienstleistungszeit hat der Lehrer den regelmäßigen Dienst zu leisten. Die Freistellung darf erst nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit angetreten werden und endet frühestens mit Ablauf des Monats, in dem der Lehrer das 60. Lebensjahr vollendet.

§ 65f. (1) Der Antrag auf Gewährung einer Freistellung nach § 65d oder § 65e hat Angaben über Beginn und Dauer der Rahmenzeit sowie über Beginn und Dauer der Freistellung zu enthalten.

(2) Die Freistellung ist ungeteilt zu verbrauchen. Der Lehrer darf während ihrer Dauer nicht zur Dienstleistung herangezogen werden.

- (3) Der Ablauf der Rahmenzeit wird gehemmt durch
1. den Antritt eines Karenzurlaubes oder
 2. den Antritt des Zivil- oder Präsenzdienstes oder
 3. eine Suspendierung oder
 4. eine unentschuldigete Abwesenheit vom Dienst oder
 5. ein Beschäftigungsverbot nach dem MSchG,

wenn die Abwesenheit vom Dienst nach Z 1 bis 5 die Dauer eines Monats überschreitet. Während der Dauer einer solchen Hemmung darf die Freistellung nicht angetreten werden. Die kalendermäßige Lagerung der Freistellung nach Ablauf des Hemmungszeitraumes ist neu festzusetzen, falls dies erforderlich ist.

(4) Die Dienstbehörde kann auf Antrag des Lehrers die Gewährung der Freistellung widerrufen oder ihre vorzeitige Beendigung verfügen, wenn kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht. Eine Freistellung nach § 65e kann nach Zurücklegung der Dienstleistungszeit nicht mehr widerrufen werden.

(5) Während einer Freistellung nach § 65e ist § 13 nicht anzuwenden.

(6) Das Ausmaß der Lehrverpflichtung muß im über die gesamte Rahmenzeit gemessenen Durchschnitt mindestens die Hälfte der vollen Lehrverpflichtung betragen.“

6. Im § 114 Abs. 2 werden in Z 5 das Wort „und“ durch einen Beistrich ersetzt, in Z 6 der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z 7 und 8 angefügt:

„7. Lehrern, die Schulleiter vertreten, ohne mit der Leitungsfunktion betraut worden zu sein (§ 27 Abs. 2), für jeden Tag der Vertretung eine Vergütung in der Höhe von einem Dreißigstel der sich nach den Bestimmungen des § 57 des Gehaltsgesetzes 1956 richtenden Dienstzulage gebührt,

8. Lehrern der Verwendungsgruppen L 2a 2, L 2b 3 und L 2b 2 die Dienstzulage nach § 57 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 anstelle in der im § 57 Abs. 2 lit. c des Gehaltsgesetzes 1956 angeführten Höhe in der im § 106 Abs. 2 Z 9 LDG 1984 angeführten Höhe gebührt.“

7. Dem § 114 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Abs. 2 Z 8 ist auf Lehrer, die vor dem 1. September 1998 aus dem Dienststand ausgeschieden sind, nicht anzuwenden.“

8. § 115 Abs. 3 lautet:

„(3) § 61 Abs. 1 und 2 des Gehaltsgesetzes 1956 ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer, BGBl. Nr. 244/1965, die entsprechenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes treten.“

9. Im § 121 Abs. 4 wird der Klammerausdruck „(§ 4 Abs. 2 des Pensionsgesetzes 1965)“ durch den Klammerausdruck „(§ 5 Abs. 1 des Pensionsgesetzes 1965)“ ersetzt.

10. Dem § 127 wird folgender Abs. 20 angefügt:

„(20) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 13a, § 65 Abs. 5 und die §§ 65d bis 65f samt Überschrift mit 1. Jänner 1998,
2. § 43 Abs. 5, § 51 Abs. 2, § 114 Abs. 2 und 3 und § 115 Abs. 3 mit 1. September 1998,
3. § 121 Abs. 4 mit 1. Jänner 2003.

§ 65 Abs. 5 und die §§ 65d bis 65f samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten mit Ablauf des 31. August 2003, § 13a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 tritt mit 31. Dezember 2013 außer Kraft. § 13a ist ausschließlich auf Lehrer anzuwenden, die vor dem 1. Jänner 1954 geboren worden sind.“

Artikel 9

Änderung des Bundestheaterpensionsgesetzes

Das Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1997, wird wie folgt geändert:

1. An die Stelle des bisherigen § 5 treten folgende Bestimmungen samt Überschriften:

„Ruhegenüßermittlungsgrundlagen

§ 5. (1) Der Ruhegenüß wird auf der Grundlage der Ruhegenüßermittlungsgrundlage, der Ruhegenüßbemessungsgrundlage und der für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Gesamtdienstzeit (§ 7) ermittelt.

(2) Die Ruhegenüßermittlungsgrundlage ergibt sich wie folgt:

1. Für jeden nach dem 31. Dezember 1979 liegenden Monat der Dienstzeit, für den ein Pensionsbeitrag geleistet wurde (Beitragsmonat), ist die Bemessungsgrundlage für den Pensionsbeitrag (Beitragsgrundlage) nach § 10 zu ermitteln. Sonderzahlungen bleiben dabei außer Betracht.
2. Beitragsgrundlagen aus den dem Jahr der Wirksamkeit des Ausscheidens aus dem Dienststand vorangegangenen Jahren sind mit den Aufwertungsfaktoren gemäß den §§ 108 Abs. 4 und 108c des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, aufzuwerten.

3. Liegen mindestens 216 Beitragsmonate vor, so ist die Ruhegeüßermittlungsgrundlage die Summe der 216 höchsten Beitragsgrundlagen nach Z 1 und 2, geteilt durch 216. Im Falle des Ausscheidens aus dem Dienststand nach dem vollendeten
 - a) 61. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „209“;
 - b) 62. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „202“;
 - c) 63. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „195“;
 - d) 64. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „188“;
 - e) 65. Lebensjahr tritt an die Stelle der Zahl „216“ jeweils die Zahl „180“.
4. Liegen weniger als die nach Z 3 jeweils zu berücksichtigenden Beitragsmonate vor, so ist die Ruhegeüßermittlungsgrundlage die Summe aller Beitragsgrundlagen nach Z 1 und 2, geteilt durch die Anzahl der vorhandenen Beitragsmonate.

(3) Für Bundestheaterbedienstete, die ausschließlich mit Auftrittshonorar entlohnt werden, bildet das 4,5fache des Auftrittshonorars die Ruhegeüßermittlungsgrundlage. Die Bestimmungen des Abs. 2 sind sinngemäß anzuwenden.

(4) Für Bundestheaterbedienstete, die mit Auftrittshonorar entlohnt wurden oder werden, gilt Abs. 3 mit der Maßgabe, daß 42 Auftritte in einem Spieljahr acht Monaten gleichzustellen sind und als Dienstbezug das 4,5fache des durchschnittlichen Auftrittshonorars in dieser Zeit anzusehen ist.

Ruhegeüßbemessungsgrundlage

§ 5a. (1) Die volle Ruhegeüßbemessungsgrundlage beträgt 80% der Ruhegeüßermittlungsgrundlage.

(2) Für jeden Monat, der zwischen dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den zeitlichen Ruhestand und dem Ablauf des Monats liegt, in dem der Bundestheaterbedienstete frühestens Anspruch auf Versetzung in den dauernden Ruhestand gehabt hätte, ist die Ruhegeüßbemessungsgrundlage von 80% um 0,1667 Prozentpunkte zu kürzen. Das sich aus dieser Kürzung ergebende Prozentausmaß der Ruhegeüßbemessungsgrundlage ist auf zwei Kommastellen zu runden.

(3) Eine Kürzung nach Abs. 2 findet nicht statt

1. im Falle des im Dienststand eingetretenen Todes des Bundestheaterbediensteten,
2. wenn die Ruhestandsversetzung wegen vorübergehender oder dauernder Dienstunfähigkeit auf einen Dienstoffall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen ist und dem Bundestheaterbediensteten aus diesem Grund eine Versehrtenrente aus der Unfallversicherung der öffentlich Bediensteten gebührt oder
3. wenn der Bundestheaterbedienstete zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Ruhestandsversetzung dauernd erwerbsunfähig ist.

(4) Für Ballettmitglieder, die wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden und eine als Ballettmitglied zurückgelegte Dienstzeit von 336 Monaten aufweisen, beträgt abweichend von Abs. 2 das Ausmaß der Kürzung der Ruhegeüßbemessungsgrundlage 0,1167 Prozentpunkte für jeden Monat, der zwischen dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand und dem Ablauf des Monats liegt, in dem das Ballettmitglied sein 60. Lebensjahr vollenden wird. Dieser Wert verringert sich für jeweils weitere zwölf Monate der als Ballettmitglied zurückgelegten Dienstzeit um 0,0025 Prozentpunkte, darf jedoch 0,0667 nicht unterschreiten.

(5) Zur als Ballettmitglied zurückgelegten Dienstzeit im Sinne des Abs. 4 und 6 zählt jeder Monat, in dem

1. ein Solotänzer mindestens drei Vorstellungen absolviert und 20 Probendienste geleistet hat oder
2. ein sonstiges Ballettmitglied mindestens fünf Vorstellungen absolviert und 20 Probendienste geleistet hat.

(6) Bei Vorliegen einer als Ballettmitglied zurückgelegten Dienstzeit von 336 Monaten darf die Ruhegeüßbemessungsgrundlage 71% der Ruhegeüßermittlungsgrundlage nicht unterschreiten. Dieser Prozentsatz vermindert sich für jeweils zwölf auf die Zahl von 336 fehlende Monate der als Ballettmitglied zurückgelegten Dienstzeit um einen Prozentpunkt, darf jedoch 62 nicht unterschreiten.

(7) Die Abs. 4 bis 6 sind nur auf Ballettmitglieder anzuwenden, die vor dem 1. Mai 1996 dem Anwendungsbereich dieses Bundesgesetzes unterstellt worden sind. Nach diesem Datum angefallene Ruhegenüsse oder von solchen abgeleitete Versorgungsgegenstände sind erforderlichenfalls nach den Abs. 4 bis 6 neu zu bemessen.

911 der Beilagen

49

(8) Als dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Abs. 3 Z 3 gilt ein Bundestheaterbediensteter nur dann, wenn er infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dauernd außerstande ist, einem regelmäßigen Erwerb nachzugehen.

(9) Übt ein ehemaliger Bundestheaterbediensteter, dessen Ruhegenuß unter Anwendung des Abs. 3 Z 3 bemessen worden ist, wieder eine Erwerbstätigkeit aus, so ist der Ruhegenuß unter Anwendung der Abs. 2 bis 6 neu zu bemessen. Der ehemalige Bundestheaterbedienstete hat die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unverzüglich zu melden.“

2. § 6 Abs. 3 Z 1 lautet:

„1. die Ruhegenußbemessungsgrundlage nach § 5a nicht übersteigen und“.

3. Im § 6a Abs. 3 wird der Begriff „des ruhegenußfähigen Monatsbezuges“ durch den Ausdruck „der Ruhegenußermittlungsgrundlage“ ersetzt.

4. Im § 6a Abs. 4 wird

a) der Begriff „dem ruhegenußfähigen Monatsbezug“ durch den Ausdruck „der Ruhegenußermittlungsgrundlage“ und

b) das Zitat „§ 5 Abs. 1a bis 1c“ durch das Zitat „§ 5a Abs. 2 bis 5“ ersetzt.

5. Im § 8 Abs. 1 letzter Satz wird die Wortfolge „der sich aus § 5 Abs. 2 ergebende Betrag“ durch den Ausdruck „die Ruhegenußermittlungsgrundlage“ ersetzt.

6. Im § 10 Abs. 1 entfällt der Klammerausdruck „(§ 5 Abs. 2 und 3)“.

7. Im § 10 Abs. 3 wird das Zitat „§ 5 Abs. 6 und 7“ durch das Zitat „§ 5 Abs. 3 und 4“ ersetzt.

8. Im § 10a wird nach der Wortfolge „gemäß § 13a“ die Wortfolge „und § 62e Abs. 5 und 6“ eingefügt.

9. § 11 lautet samt Überschrift:

„Anpassung der Ruhe(Versorgungs)genüsse

§ 11. (1) Die nach diesem Bundesgesetz gebührenden Ruhe- und Versorgungsgenüsse sind mit Wirkung vom 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem jeweils in Betracht kommenden Anpassungsfaktor nach Abs. 2 zu vervielfachen, wenn auf sie bereits

1. vor dem 1. Jänner des betreffenden Jahres ein Anspruch bestanden hat oder
2. sie von Ruhegenüssen abgeleitet werden, auf die vor dem 1. Jänner des betreffenden Jahres ein Anspruch bestanden hat.

(2) Der Anpassungsfaktor entspricht dem für das jeweilige Kalenderjahr gemäß § 108 Abs. 5 und § 108f ASVG festgesetzten Anpassungsfaktor.“

10. Nach § 18b wird folgender § 18c samt Überschrift eingefügt:

„Übergangsbestimmungen zur Novelle BGBl. I Nr. XXX/1997

§ 18c. (1) Auf Bundestheaterbedienstete und deren Hinterbliebene, die am 31. Dezember 1999 Anspruch auf einen Ruhe- oder Versorgungsgenuß haben, sowie bei der Bemessung von Versorgungsgenüssen nach solchen Ruhegenüssen sind die §§ 5, 6, 6a und 8 in der am 31. Dezember 2002 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.

(2) Gebührt ein Ruhebezug oder ein Versorgungsbezug nach einem im Dienststand verstorbenen Bundestheaterbediensteten erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so sind die Zahlen „216“ in § 5 Abs. 2 Z 3 erster Satz jeweils durch folgende Zahlen zu ersetzen:

Jahr	Zahl
2003	12
2004	24
2005	36
2006	48
2007	60
2008	72
2009	84

50

911 der Beilagen

2010	96
2011	108
2012	120
2013	132
2014	144
2015	156
2016	168
2017	180
2018	192
2019	204

(3) Gebührt ein Ruhebezug oder ein Versorgungsbezug nach einem im Dienststand verstorbenen Bundestheaterbediensteten erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so sind die jeweils letzten Zahlen in § 5 Abs. 2 Z 3 lit. a bis e jeweils durch folgende Zahlen zu ersetzen:

Jahr	lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e
2003	11	11	10	10	10
2004	23	22	21	20	20
2005	35	33	32	31	30
2006	46	44	43	42	40
2007	58	55	54	52	50
2008	70	67	65	63	60
2009	81	78	75	73	70
2010	93	89	86	84	80
2011	105	101	97	94	90
2012	116	112	108	105	100
2013	128	124	119	115	110
2014	140	135	130	125	120
2015	152	146	140	136	130
2016	163	157	151	146	140
2017	174	169	162	157	150
2018	186	180	173	168	160
2019	197	191	184	178	170

(4) Gebührt ein Ruhebezug oder ein Versorgungsbezug nach einem im Dienststand verstorbenen Bundestheaterbediensteten erstmals in einem in der folgenden Tabelle bezeichneten Jahr, so ist die Zahl „4,5“ in § 5 Abs. 3 und 4 jeweils durch folgende Zahl zu ersetzen:

Jahr	Zahl
2003	5,2
2004	5,15
2005	5,1
Jahr	Zahl
2006	5,05
2007	5
2008	4,95
2009	4,9
2010	4,85
2011	4,8
2012	4,75
2013	4,7
2014	4,65
2015	4,6
2016	4,55“

911 der Beilagen

51

11. Im § 21a Abs. 2 wird

a) der Ausdruck „nach dem 31. Jänner 1993“ durch den Ausdruck „vom 1. Februar 1993 bis zum 31. Dezember 2002“ ersetzt und

b) nach der Wortfolge „§ 11 in der“ das Wort „jeweils“ eingefügt.

12. Dem § 22 wird folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 5a samt Überschrift mit 1. Jänner 1998,
2. § 11 samt Überschrift mit 1. Jänner 2000,
3. § 5 samt Überschrift, § 6 Abs. 3 Z 1, § 6a Abs. 3 und 4, § 8 Abs. 1, § 10 Abs. 1 und 3, § 10a, § 18c samt Überschrift und § 21a Abs. 2 mit 1. Jänner 2003.“

Artikel 10

Änderung des Richterdienstgesetzes

Das Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/1997, wird wie folgt geändert:

1. Im § 65a wird der Betrag „21 830 S“ durch den Betrag „22 296 S“ ersetzt.

2. § 66 Abs. 2 lautet:

„(2) Das Gehalt des Richters wird durch die Gehaltsgruppe und in ihr durch die Gehaltsstufe bestimmt. Es beträgt:

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
1	24 864	–	–
2	27 545	–	–
3	30 230	–	–
4	32 915	–	–
5	35 599	–	–
6	38 283	–	–
7	40 971	–	–
8	42 731	44 981	–
9	45 282	47 664	48 293
10	47 835	50 350	50 977
11	50 390	53 036	56 348
12	52 941	55 720	64 402
13	55 492	58 401	67 086
14	58 178	63 770	69 771
15	60 860	69 138	72 453
16	63 547	71 824	75 139

Ein festes Gehalt gebührt

1. dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes im Ausmaß von 82 227 S,
2. dem Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofes im Ausmaß von 82 227 S und
3. dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes im Ausmaß von 91 361 S.“

3. Dem § 173 wird folgender Abs. 19 angefügt:

„(19) § 65a und § 66 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten mit 1. Jänner 1998 in Kraft.“

Artikel 11

Änderung des Karenzurlaubsgeldgesetzes

Das Karenzurlaubsgeldgesetz, BGBl. Nr. 395/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1997, wird wie folgt geändert:

52

911 der Beilagen

1. § 6 lautet:

„§ 6. Die §§ 1 bis 5 gelten auch für Frauen, die allein oder mit ihrem Ehegatten ein Kind an Kindes Statt angenommen (Adoptivmütter) oder in Pflege genommen haben (Pflegermütter).“

2. § 7 Abs. 2 lautet:

„(2) Abs. 1 gilt auch für Männer, die allein oder mit ihrer Ehegattin ein Kind an Kindes Statt angenommen (Adoptivväter) oder in Pflege genommen haben (Pflegerväter).“

3. Im § 38 Abs. 1 und 2 Z 3 wird das Datum „31. Dezember 1997“ jeweils durch das Datum „31. Dezember 1999“ ersetzt.

4. Dem § 38 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Für die Zeit vom 1. Jänner 1998 bis zum 31. Dezember 1999 ist § 27 Abs. 1, soweit der Betrag gemäß § 19 Abs. 1 betroffen ist, nicht anzuwenden.“

5. Dem § 39 wird folgender Abs. 12 angefügt:

„(12) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 treten in Kraft:

1. § 6 und § 7 Abs. 2 mit 1. Jänner 1998,

2. § 38 Abs. 1, Abs. 2 Z 3 und Abs. 3 mit dem der Kundmachung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 folgenden Tag.

Auf Ansprüche für Kinder, die vor dem 1. Jänner 1998 geboren sind, sind § 6 und § 7 Abs. 2 in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 1997 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.“

Artikel 12

Änderung der 31. Gehaltsgesetz-Novelle

Artikel IV der 31. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 662/1977, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 43/1995, wird wie folgt geändert:

1. Die Tabelle im Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Gehaltsstufe	Gehalt Schilling
2	21 528
3	21 528
4	21 528
5	21 528
6	23 047
7	26 072
8	27 592
9	29 109
10	30 621
11	32 142
12	33 656
13	35 173
14	36 689
15	38 203
16	38 867
17	39 524
18 1. und 2. Jahr	40 179
18 ab 3. Jahr	40 840

2. Dem Art. IV wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/1997 tritt mit 1. Jänner 1998 in Kraft.“

Artikel 13

Bundesgesetz über das Zusammentreffen von öffentlich-rechtlichen Pensionsansprüchen mit Erwerbseinkommen (Teilpensionsgesetz)

1. Abschnitt

Begriffsbestimmungen

§ 1. In diesem Bundesgesetz bedeuten die Begriffe

1. Pension: jede wiederkehrende Leistung, die

- a) Beamtinnen oder Beamten des Ruhestandes auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses zum Bund oder zu Fonds, Stiftungen oder Anstalten, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind oder
 - b) Bundestheaterbediensteten auf Grund des Bundestheater-Pensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, gebührt;
2. Vollpension: Pension in ungekürzter Höhe vor Anwendung des § 2;
3. Pensionistin oder Pensionist: Person, die Anspruch auf eine oder mehrere Pensionen hat;
4. Erwerbseinkommen:
- a) das Entgelt aus einer unselbständigen Erwerbstätigkeit,
 - b) das Einkommen aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit, ausgenommen Ansprüche aus der Verwertung von Urheberrechten, sowie
 - c) die Bezüge der
 - aa) im § 1 des Bundesbezügegesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997,
 - bb) im § 1 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997,
 - cc) in auf Grund des § 1 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre ergehenden landesgesetzlichen Vorschriften oder
 - dd) in § 10 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen genannten Organe oder Funktionäre,
 wenn das Erwerbseinkommen die jeweils geltende Geringfügigkeitsgrenze gemäß § 5 Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, übersteigt.

2. Abschnitt

Zusammentreffen von Pension und Erwerbseinkommen

Teilpension bei Zusammentreffen von Pension und Erwerbseinkommen

§ 2. (1) Übt eine Pensionistin oder ein Pensionist in einem Kalendermonat eine Erwerbstätigkeit aus, aus der sie oder er ein Erwerbseinkommen bezieht, so wandelt sich der Anspruch auf Vollpension für den betreffenden Kalendermonat in einen Anspruch auf Teilpension. Diese Folge tritt auch dann ein, wenn am Fälligkeitstag der einzelnen Pension keine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.

(2) Die Höhe der Teilpension wird wie folgt ermittelt:

1. Das Erwerbseinkommen ist mit der Vollpension zusammenzurechnen. Die Summe bildet das Gesamteinkommen.
2. Bei Zusammentreffen mehrerer Ansprüche auf Pensionen gilt die Summe dieser Ansprüche als Vollpension; der sich ergebende Ruhensbetrag ist in diesem Fall zunächst von der höchsten, übersteigt jedoch der Ruhensbetrag diese, von der jeweils nächsthöheren Pension in Abzug zu bringen. Nur teilweise zahlbare Pensionen sind dabei nur im tatsächlich gebührenden Ausmaß und nicht zahlbare Pensionen nicht zu berücksichtigen.
3. Vom Gesamteinkommen ruhen,
 - a) wenn die Versetzung in den Ruhestand oder das Ausscheiden aus der Funktion vor dem vollendeten 60. Lebensjahr wirksam geworden ist,

von den ersten 12 000 S.....	0%,
von den weiteren 6 000 S.....	30%,
von den weiteren 6 000 S.....	40%,
von allen weiteren Beträgen.....	50%;
 - b) wenn die Versetzung in den Ruhestand oder das Ausscheiden aus der Funktion zum oder nach dem vollendeten 60., aber vor dem vollendeten 65. Lebensjahr wirksam geworden ist,

von den ersten 18 000 S.....	0%,
von den weiteren 6 000 S.....	30%,
von den weiteren 6 000 S.....	40%,
von allen weiteren Beträgen.....	50%.
4. Der Ruhensbetrag darf
 - a) weder 50% der Vollpension
 - b) noch das Erwerbseinkommen überschreiten.
5. Die um den Ruhensbetrag gemäß Z 3 und 4 gekürzte Vollpension ergibt die Teilpension.

54

911 der Beilagen

(3) Mit Ablauf des Monates, in dem die Pensionistin oder der Pensionist das 65. Lebensjahr vollendet, wandelt sich der Anspruch auf Teilpension wieder in einen Anspruch auf Vollpension.

Berechnung der Pension und des Erwerbseinkommens

§ 3. (1) Beträge, die für einen größeren Zeitraum als den Kalendermonat gebühren (zB Sonderzahlungen), zählen nicht zur Vollpension.

(2) Als Erwerbseinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit gilt für jeden Kalendermonat ein Zwölftel des im selben Kalenderjahr aus dieser Tätigkeit erzielten Einkommens. Solange das Jahreseinkommen nicht feststeht, ist vorläufig das letzte feststehende Erwerbseinkommen heranzuziehen. Wird eine selbständige Erwerbstätigkeit neu aufgenommen, so ist der Berechnung der Teilpension vorläufig ein monatliches Erwerbseinkommen von 10 000 S zugrunde zu legen, sofern die Person, die die selbständige Erwerbstätigkeit ausübt, nicht glaubhaft macht, daß im betreffenden Kalenderjahr voraussichtlich kein Einkommen aus der selbständigen Erwerbstätigkeit erzielt werden wird.

(3) Als Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit gilt das aus dieser Tätigkeit gebührende Entgelt. Bezüge, die für einen größeren Zeitraum als den Kalendermonat gebühren (zB Weihnachts- und Urlaubsgeld, Sonderzahlungen, Belohnungen), zählen nicht zum Einkommen.

Meldepflicht

§ 4. Jede Erwerbstätigkeit ist der Pensionsbehörde (pensionsauszahlenden Stelle) binnen 14 Tagen nach ihrer Aufnahme zu melden.

Anpassung der Betragsgrenzen

§ 5. Die im § 2 genannten Beträge sind mit Wirkung vom 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem jeweiligen Anpassungsfaktor nach § 108f ASVG zu vervielfachen.

3. Abschnitt

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Übergangsbestimmungen

§ 6. (1) Dieses Bundesgesetz ist nur auf Pensionen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2000 erstmals gebühren.

(2) Erwerbseinkommen gemäß § 1 Z 4 lit. c sind dem Gesamteinkommen nur dann hinzuzurechnen, wenn die jeweilige Funktion, auf Grund der ein Erwerbseinkommen bezogen wird, nach dem 31. Dezember 2000 erstmals oder neuerlich angetreten wird.

(3) Abweichend von § 2 Abs. 2 Z 4 lit. a darf der Ruhensbetrag

1. im Jahr 2001 10%,
2. im Jahr 2002 20%,
3. im Jahr 2003 30% und
4. im Jahr 2004 40%

der Vollpension nicht überschreiten.

Verweisung auf andere Bundesgesetze

§ 7. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Vollziehung

§ 8. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung, in Angelegenheiten jedoch, die nur den Wirkungsbereich einer Bundesministerin oder eines Bundesministers betreffen, diese Bundesministerin oder dieser Bundesminister betraut.

Inkrafttreten

§ 9. Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2001 in Kraft.

Artikel 14**Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte und eine Änderung des Poststrukturgesetzes****1. Abschnitt****Allgemeine Bestimmungen****Sachlicher Geltungsbereich**

§ 1. Dieses Bundesgesetz gilt für Bundesbeamte, die einer ausgegliederten Einrichtung zur dauernden Dienstleistung zugewiesen sind.

Karenzurlaub vor Ruhestandsversetzung

§ 2. (1) Einer ausgegliederten Einrichtung zur dauernden Dienstleistung zugewiesene Beamte können frühestens mit dem Monatsersten, der der Vollendung ihres 55. Lebensjahres folgt, von Amts wegen unter Entfall der Bezüge beurlaubt (karenziert) werden, wenn keine wichtigen dienstlichen Gründe entgegenstehen und der Beamte

1. der Karenzierung vor Antritt des Karenzurlaubes schriftlich zustimmt,
2. abweichend von § 15 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 (BDG 1979), BGBl. Nr. 333, gleichzeitig die schriftliche Erklärung abgibt, spätestens mit dem 30. Juni oder 31. Dezember, der jeweils auf die Vollendung seines 60. Lebensjahres folgt, aus dem Dienststand ausscheiden zu wollen und
3. sich vor Antritt des Karenzurlaubes schriftlich verpflichtet, während des Karenzurlaubes keine erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung auszuüben, aus der er ein die jeweilige Geringfügigkeitsgrenze nach § 5 Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, übersteigendes Entgelt bezieht.

(2) Auf Karenzurlaube nach Abs. 1 sind die §§ 75 bis 75b BDG 1979 nicht anzuwenden.

(3) Karenzurlaube nach Abs. 1 sind für zeitabhängige Rechte zu berücksichtigen.

(4) Der Beamte kann die Erklärung nach Abs. 1 Z 2 nicht widerrufen. Er ist zu dem in der Erklärung angegebenen Datum in den Ruhestand zu versetzen.

(5) Die Dienstbehörde hat nach § 2 karenzierte Beamte vor Antritt des Karenzurlaubes auf die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung der Krankenversicherung gemäß § 7 Abs. 2 Z 3 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, hinzuweisen.

Ersatz des Pensionsaufwandes

§ 3. (1) Besteht eine bundesgesetzliche Verpflichtung der ausgegliederten Einrichtung, dem Bund einen Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes der ihr zur Dienstleistung zugewiesenen Beamten zu leisten, so hat die ausgegliederte Einrichtung dem Bund eine durch eine Karenzierung nach § 2 eintretende Minderung dieses Beitrages zu ersetzen.

(2) Ersatzbeträge nach Abs. 1 sind vom Bundesminister für Finanzen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zu pauschalieren. Das Pauschale ist jeweils mit Antritt des Karenzurlaubes fällig.

Maßnahmen, die aus sozialen Gründen getroffen werden können

§ 4. (1) Die ausgegliederte Einrichtung kann nach § 2 karenzierten Beamten aus sozialen Gründen monatlich wiederkehrende Geldleistungen zahlen, deren Höhe in einer Betriebsvereinbarung nach § 97 Abs. 1 Z 4 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974, oder gleichartigen bundesgesetzlichen Bestimmungen zu regeln ist. Von solchen Geldleistungen ist von der ausgegliederten Einrichtung kein Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes an den Bund zu leisten. Solche Geldleistungen gelten als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des § 2 Abs. 3 Z 4 des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl. Nr. 400.

(2) In einer Betriebsvereinbarung nach Abs. 1 kann weiters geregelt werden, daß die ausgegliederte Einrichtung aus sozialen Gründen

1. ganz oder teilweise auf die Pensionsbeiträge der nach § 2 karenzierten Beamten verzichten und

2. nach § 2 karenzierten Beamten, die eine Aufrechterhaltung der Krankenversicherung nach § 7 Abs. 2 Z 3 B-KUVG in Anspruch nehmen, die dem Dienstnehmerbeitrag in der Krankenversicherung entsprechenden Beitragsteile ganz oder teilweise ersetzen kann.

(3) Hält der karenzierte Beamte die Verpflichtung zur Nichtausübung einer erwerbsmäßigen Nebenbeschäftigung nach § 2 Abs. 1 Z 3 nicht ein, ruht ein allfälliger Anspruch auf monatlich wiederkehrende Geldleistungen nach Abs. 1 gegenüber der ausgegliederten Einrichtung auf die Dauer der erwerbsmäßigen Nebenbeschäftigung. Ein Anspruch auf Nachzahlung der wiederkehrenden Geldleistungen nach Beendigung der erwerbsmäßigen Nebenbeschäftigung besteht nicht.

(4) Der Bund haftet jedem nach § 2 karenzierten Beamten für die Befriedigung seiner nach den Abs. 1 und 2 gegen die ausgegliederte Einrichtung erwachsenden Forderungen wie ein Ausfallbürge (§ 1356 ABGB).

(5) Leistungen nach den Abs. 1 und 2 begründen keine Pflichtversicherung des karenzierten Beamten in der gesetzlichen Sozialversicherung.

Zeitlicher Geltungsbereich

§ 5. (1) Die §§ 2 bis 4 gelten für Einrichtungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bereits ausgegliedert sind, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2002. Für nach diesem Zeitpunkt ausgegliederte Einrichtungen gelten die §§ 2 bis 4 jeweils in den ersten fünf Jahren nach der Wirksamkeit der Ausgliederung.

(2) Auf vor Ablauf der Geltung angetretene Karenzurlaube nach § 2 sind die §§ 2 bis 4 weiterhin anzuwenden.

Beschäftigungsausmaß

§ 6. Mit Zustimmung des Beamten kann seine regelmäßige Wochendienstzeit abweichend von § 50a BDG 1979 bis auf ein Viertel des für die Vollbeschäftigung vorgesehenen Ausmaßes herabgesetzt werden. Zeiten der Herabsetzung der Wochendienstzeit unter die Hälfte des für die Vollbeschäftigung vorgesehenen Ausmaßes sind abweichend von § 8 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, nur zur Hälfte für die Vorrückung wirksam.

Karenzurlaub

§ 7. Geht ein Beamter im Rahmen eines Karenzurlaubes nach § 75 BDG 1979 ein privatrechtliches Dienstverhältnis zur ausgegliederten Einrichtung, der er zur dauernden Dienstleistung zugewiesen ist, ein, so ist die Zeit dieses Karenzurlaubes nicht bei der Berechnung der Gesamtdauer des Karenzurlaubes nach § 75 Abs. 3 Z 1 BDG 1979 zu berücksichtigen. Auf solche Karenzurlaube sind nicht anzuwenden:

1. § 75a Abs. 2 BDG 1979 und
2. § 308 Abs. 4 erster Satz ASVG.

Leistungsorientierte Zuschläge

§ 8. Die ausgegliederte Einrichtung kann ihr zur Dienstleistung zugewiesenen Beamten wegen besonderer Leistungen nicht ruhegenüßfähige Zuschläge zum Monatsbezug auszahlen. Von diesen Zuschlägen ist von der ausgegliederten Einrichtung kein Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes an den Bund zu leisten.

2. Abschnitt

Sonderbestimmungen für die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft und deren Tochterunternehmen

§ 9. (1) Für die Dauer des Karenzurlaubes nach § 2 hat der Beamte gegenüber der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft oder einem Unternehmen, an dem die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft zumindest mehrheitlich beteiligt ist, Anspruch auf monatlich wiederkehrende Geldleistungen in Höhe von 80%

1. des Monatsbezuges gemäß § 3 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, der seiner besoldungsrechtlichen Stellung im Zeitpunkt der Karenzierung entspricht, und
2. der Sonderzahlungen.

(2) Der von der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft oder einem Unternehmen, an dem die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft zumindest mehrheitlich beteiligt ist, an den Bund zu leistende Ersatzbetrag nach § 3 beträgt für jeden nach § 2 karenzierten Beamten 130 000 S.

3. Abschnitt

„(6) Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, wenn die Gesellschaft neben dem Vorstand auch andere Arbeitnehmer beschäftigt, sonst aus sechs Mitgliedern. Der Bundesminister für Finanzen bestellt sechs Mitglieder. Beschäftigt die Gesellschaft neben dem Vorstand auch andere Arbeitnehmer, entsendet die betriebliche Arbeitnehmervertretung aus ihrem Kreis drei Mitglieder. Die Aufsichtsratsmitglieder sind auf sechs Jahre zu bestellen.“

4. Abschnitt

Schlußbestimmungen

Verweisungen auf andere Bundesgesetze

§ 11. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese – sofern nicht ausdrücklich anderes angeordnet wird – in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Vollziehung

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung, in Angelegenheiten jedoch, die nur den Wirkungsbereich eines Bundesministers betreffen, dieser Bundesminister betraut.

Artikel 15

Änderung des Parlamentsmitarbeitergesetzes

Das Parlamentsmitarbeitergesetz wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 lautet:

„(1) Der monatliche Vergütungsanspruch für die Aufwendungen nach Abs. 2 ist der Höhe nach begrenzt mit 100 vH des monatlichen Gehalts eines Bundesbeamten der allgemeinen Verwaltung, Dienstklasse V, Gehaltsstufe 9 zuzüglich der anteiligen Sonderzahlungen.“

2. Dem § 15 wird folgender Satz angefügt:

„§ 3 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/1997 tritt mit 1. Jänner 1998 in Kraft.“

§ 10. Das Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 97/1997, wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 6 lautet: